



**ZEIT FÜR VERÄNDERUNG  
IN DÜSSELDORF.**

**ZEIT FÜR GRÜN.**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



[WWW.GRUENE-DUESSELDORF.DE](http://WWW.GRUENE-DUESSELDORF.DE)

## **IMPRESSUM**

KREISVERBAND

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN DÜSSELDORF

Jahnstr. 52

40215 Düsseldorf

Tel. 0211 - 9385431

FAX 0211 - 9385432

Mail [info@gruene-duesseldorf.de](mailto:info@gruene-duesseldorf.de)

Web [www.gruene-duesseldorf.de](http://www.gruene-duesseldorf.de)

### **Redaktion:**

Norbert Czerwinski, Birgit Müller, Mona Neubaur,  
Karin Trepke, Lerke Tyra, Astrid Wiesendorf

### **Satz & Layout:**

Michael Köster

### **Fotonachweis:**

Fotos S.3, 4 ,5 ,9, 43 ,62, 79 Charlotte Schreiber

Foto S.5 (Susanne Ott): Birgit Müller)

Auflage: 2500 Stück - gedruckt auf Recyclingpapier.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung

am 27. Mai 2009.

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>ZEIT FÜR VERÄNDERUNG</b>	<b>7</b>
<b>ZEIT FÜR BESSERES KLIMA</b>	<b>10</b>
<b>ZEIT FÜR GRÜNE WIRTSCHAFT</b>	<b>30</b>
<b>ZEIT FÜR BILDUNG VON ANFANG AN</b>	<b>44</b>
<b>ZEIT FÜR GRÜNE MOBILITÄT UND STADTPLANUNG</b>	<b>63</b>
<b>ZEIT FÜR SOZIALE VERANTWORTUNG</b>	<b>80</b>
<b>ZEIT FÜR MEHR DEMOKRATIE</b>	<b>98</b>
<b>STICHWORTVERZEICHNIS</b>	<b>110</b>

## UNSERE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN

GRÜNE Politik in Düsseldorf hat viele Gesichter. Wir stellen Ihnen hier unsere aussichtsreichen Kandidatinnen und Kandidaten für den Rat der Stadt vor. Mit unserem starken Team wollen wir eine ökologische und soziale Politik für alle Menschen in Düsseldorf durchsetzen. ZEIT FÜR VERÄNDERUNG. ZEIT FÜR GRÜN.



**IRIS BELLSTEDT**  
PLATZ 1



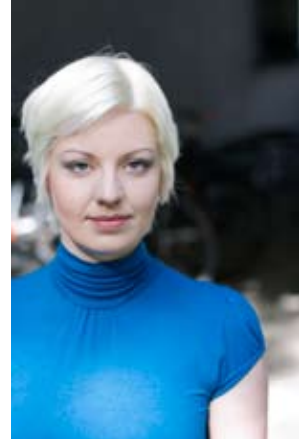
**NORBERT CZERWINSKI**  
PLATZ 2



**ANTONIA FREY**  
PLATZ 3



**GÜNTER KAREN-JUNGEN**  
PLATZ 4



**CLARA DEILMANN**  
PLATZ 5



**WOLFGANG SCHEFFLER**  
PLATZ 6



**ANGELA HEBELER**  
PLATZ 7



**JENS PETRING**  
PLATZ 8



**ASTRID WIESENDORF**  
PLATZ 9



**CHRISTOPH GORMANNS**  
PLATZ 10



**SUSANNE OTT**  
PLATZ 11



**JÖRK CARDENEO**  
PLATZ 12



**MARIT VON AHLEFELD**  
PLATZ 13



**DIETMAR WOLF**  
PLATZ 14

**BIRGIT MÜLLER, PLATZ 15**  
**TONI MÖRGER, PLATZ 16**  
**HILDEGARD WIEDEMANN, PLATZ 17**  
**UWE MARHOLD WARNECKE, PLATZ 18**  
**IRMTRAUD BLUMENROTH, PLATZ 19**  
**NEDA NORAIE-KIA, PLATZ 20**  
**MIRJAM MANN, PLATZ 21**

**WILDFRIED RATH, PLATZ 22**  
**INGRID LANDAU, PLATZ 23**

# ZEIT FÜR VERÄNDERUNG IN DÜSSELDORF

**GERECHT, ÖKOLOGISCH,  
LEBENDIG, SOZIAL**

Am 30. August ist Kommunalwahl. Sie bestimmen, wohin unsere Stadt gehen soll. Wir machen Ihnen am 30. August ein Angebot für Düsseldorf. Seit 25 Jahren treten Bündnis 90/ Die Grünen in der Kommunalpolitik Düsseldorfs an, und wir haben eine Idee für diese Stadt und einen Politikansatz, der alle Entscheidungsebenen von Brüssel bis Flingern betrachtet. Denn die großen Herausforderungen, wie der Kampf gegen den Klimawandel oder die ökologische und soziale Bewältigung der Finanz und Wirtschaftskrise, müssen auch vor Ort angegangen werden.

**DREI GRUNDMOTIVE  
LEITEN UNS**

**Drei Grundmotive leiten uns:**

- Erstens machen wir uns auf den Weg, Düsseldorf zur Solar- und Klimahauptstadt dieser Republik zu machen. Dafür muss sich die Mobilität in Düsseldorf genauso verändern wie die Stadtentwicklung, die Wirtschaftsförderung ebenso wie die Sozialpolitik.
- Zweitens wollen wir die gleichberechtigte Teilhabe aller in dieser Stadt verwirklichen. Wir denken damit Soziales, Bildung, Kultur und Integration zusammen und schaffen Orte, die diese Teilhabe stärken.
- Drittens stehen wir für ein weltoffenes Düsseldorf und für einen dialogorientierten Politikstil.

Unsere Stadt braucht eine Politik, die ermöglicht, die Freiräume schafft und die Neues zulässt. Deshalb soll unsere Stadtdemokratie die Beteiligung aller suchen, wenn es um die Gestaltung unserer Zukunft und unserer Umgebung geht, mit der

sich Bürgerinnen und Bürger identifizieren und für die sie somit gerne Verantwortung übernehmen. Wir beschreiben in diesem Programm unsere Ideen für ein grüneres Düsseldorf, die wir in den nächsten 5 Jahren gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt umsetzen möchten.

## **STADT MUSS ERMÖGLICHEN**

Von konkurrierenden Parteien und deren Ratsfraktionen unterscheiden wir Grünen uns wesentlich in den Aussagen zur Ökologie, zur Demokratie und zur Bildung. Dennoch suchen wir bei aller Unabhängigkeit die punktuelle Zusammenarbeit mit allen Fraktionen, um pragmatisch Ziele zu erreichen.

## **GRÜNE FÜR DÜSSELDORF**

Stadtrat und Stadtverwaltung werden gerade in der Krise eine viel stärkere Rolle spielen müssen. Die Hoffnung, dass öffentliche Aufgaben privat immer besser und günstiger erledigt werden können, hat sich in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge als verhängnisvoller Irrtum herausgestellt. Wir Grünen treten daher für eine schrittweise Rekommunalisierung der verkauften Stadtwerkeanteile ein. Das erste Ziel ist für uns dabei die Wasserversorgung als Lebensgrundlage Nummer 1.

## **GROSSE AUFGABEN IN DER KRISE**

Weil wir uns dem Willen der Bürgerinnen und Bürger in erster Linie verpflichtet fühlen, suchen wir den Kontakt zu Initiativen und Aktivitäten an der Basis. BürgerInnen wollen ihr Wohnumfeld, ihre Bewegungsräume, ihr gesellschaftliches und kulturelles Leben selbst bestimmen. Dabei sollen sie von Politik und einer kooperierenden Verwaltung unterstützt werden.

## **SELBSTBEWUSSTE STADTGESELLSCHAFT**

Die Zukunft Düsseldorfs darf nicht den Kräften des Marktes, den renditehungrigen Investoren und den oft egoistischen Einzelinteressen überlassen werden. Das Gemeinwohl muss weit entschlossener verteidigt werden, als dies die Mehrheitsfraktionen des Stadtrats tun.

Die Grundwerte der sozialen Solidarität und des menschenwürdigen Lebens für alle müssen geachtet und durchgesetzt werden.

Wir stellen unsere politischen Absichten hier und in öffentlichen Veranstaltungen bis zur Kommunalwahl zur Diskussion. Wir wollen für den Zeitraum von 2009–2014 weiterhin politische Verantwortung im Stadtrat und in den 10 Bezirksvertretungen übernehmen.

**DAFÜR BITTEN WIR SIE UM IHRE STIMME,  
DENN ES IST ZEIT FÜR GRÜN!**

A man and a woman are standing in front of a building with solar panels on the roof. The man is wearing a grey suit and glasses, and the woman is wearing a light green jacket. They are both smiling and holding a large cardboard sign. The sign has the text "10.000 Solardächer für Düsseldorf" written on it in black marker. The background shows a building with a corrugated metal roof and solar panels, and some greenery in the foreground.

10.000  
Solardächer  
für Düsseldorf

## ZEIT FÜR BESSERES KLIMA

Das Klima verändert sich. Wetterkatastrophen mit Schäden bisher nicht gekanntes Ausmaßes sind schon heute an der Tagesordnung. Klimaschutz ist die politische Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Ambitionierter Klimaschutz rechnet sich angesichts der immensen Folgekosten eines gefährlichen Klimawandels auch ökonomisch.

### **KLIMASCHUTZ ERNST NEHMEN**

Nach den Berechnungen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) wird bis zum Jahr 2100 ein Anstieg der globalen Mitteltemperatur von 1,8 bis 6,4°C erwartet. Die EU will einen gefährlichen, unkontrollierbaren Klimawandel mit einer Erwärmung der globalen Mitteltemperatur von mehr als 2°C verhindern. Hierfür müssten in Deutschland bis zum Jahr 2050 80% der CO<sub>2</sub>Emissionen von 1990 eingespart werden, hierzu muss auch Düsseldorf seinen Beitrag leisten.

### **KLIMAWANDEL BEGEGNEN**

Unsere Sommer werden trockener und heißer, unsere Winter werden nasser und milder. Gleichzeitig werden Herbststürme mit möglichen starken Waldschäden und Starkregenereignisse – die zum Beispiel zu Angerhochwasser führen – zunehmen. Tropennächte und Hitzestress werden unsere Nächte unruhiger machen. Die zunehmende Hitze wird die Gesundheit vieler angreifen. Die Zahl der Lastwagen auf den Straßen wird steigen, weil die Rheinschifffahrt wegen Niedrigwasser immer öfter lahmgelegt wird. Düsseldorf muss sich also neben aktivem Klimaschutz auch auf die Folgen des unvermeidlichen Klimawandels einstellen.

Kohle und Atomkraft sind eine schwere Belastung für unsere Zukunft und für die Zukunft unserer Kinder. Immense Klimafolgen durch Verbrennung oder Uranabbau sowie die Schadstoffbelastung durch Feinstäube, Radioaktivität, Quecksilber, Arsen etc. sind die Folgen. Wir brauchen eine zukunftsfähige Energiepolitik, die praktizierter Klimaschutz ist und auf Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzt!

## **ENERGIEPOLITIK ÜBERDENKEN**

„Unter´m Pflaster liegt der Strand.“ Stadtleben ist toll: Nähe, Kontakte, Vielfalt, aber: Düsseldorf ist zu wenig grün und wild. Stadtleben braucht grüne Plätze zum Verweilen und grüne Wege, um von A nach B zu kommen. Grüne Innenhöfe, damit im Sommer die Hitze nicht so anstrengend ist. Grüne Fassaden, damit das Auge sich erfreut und der Feinstaub nicht in die Lunge kriecht. Wilde Wiesen und vernetzte Biotope, damit auch morgen noch die Vögel singen.

## **GRÜN IN DER STADT**

Wir wollen eine ökologisch orientierte Siedlungspolitik mit Flächen sparendem Bauen und der Sanierung und Wiederverwertung schon genutzter Flächen, um Boden zu schonen. Das ist wichtig für Düsseldorf und die Region. Wir stehen für eine Planungspolitik, die auf die Nähe von Wohnen und Arbeiten setzt, verbunden mit einer hohen Aufenthaltsqualität des Stadtraums.

## **BODENSCHUTZ UND FLÄCHENVERBRAUCH BEACHTEN**

Überanger Mark im Norden, das Rotthäuser Bachtal im Osten oder die Urdenbacher Kämme im Süden – so heißen die großen Naturschutzgebiete Düsseldorfs. Sie sorgen neben dem Rhein für Düsseldorfs frische Luft und wohnortnahe Erholung. Dort können die typischen Landschaften des Niederrheins oder des Bergischen

## **NATUR- UND GEWÄSSERSCHUTZ WICHTIG NEHMEN**

Landes erlebt werden. Ihr Erhalt und Schutz sind lebenswichtig für viele Arten, die gerade hier ihren Lebensraum haben. Ähnliches gilt für die Bäche der Stadt – besonders die Düssel. Viel zu oft verlaufen sie versteckt durch die Stadt, obwohl ihr natürlicher, offener Verlauf so wichtig für die städtische Ökologie wäre.

### **LÄRM MUSS VERMINDERT WERDEN**

Für knapp die Hälfte der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer ist es am Wohnort zu laut. Lärm ist das am meisten unterschätzte Umweltrisiko unserer Gesellschaft. Er demotiviert, greift die psychische Gesundheit an und stresst. Auto- und Flugverkehr sind die Hauptverursacher des Lärms, doch gerade der Autoverkehr ist die „heilige Kuh“ der Ratsmehrheit. Grüne wollen, dass die Beurteilungskriterien für den Lärmpegel, welche für Neubaugebiete gelten, auch im Bestand eingehalten werden.

### **FEINSTAUB UND STICKOXIDE VERRINGERN**

80% der städtischen Luftverschmutzung werden durch den Verkehr verursacht. Stickstoffdioxid ist ein aggressives Lungengas. Es führt zu Husten, Atemnot und blutigem Auswurf und ist die Vorstufe von Ozon. Ozon ist ebenfalls ein aggressives Lungengas und fördert Asthma. Feinstaub führt zu Atemwegs- und Herz-Kreislauferkrankungen. Kurzfristige Erhöhungen führen zu erhöhter Sterblichkeit. Bei Schwebstäuben kann dem Autoverkehr ungefähr die Hälfte der Emissionen zugerechnet werden. 60% sind durch Dieselrußfilter oder Erdgasantriebe vermeidbar. 40% entstehen durch Abrieb und sind bis auf Weiteres unvermeidbar. Zu Recht hat die EU dieser erheblichen Gesundheitsbeeinträchtigung den Kampf angesagt.

### **ABFALL VERMEIDEN**

Grüne stehen für eine ressourcenschonende Abfallpolitik. Hierfür werden langlebige

Produkte benötigt, aber auch Verbraucherinnen und Verbraucher, die diese Produkte kaufen. Die Erfolge grüner Politik bei der Reduktion von Verpackungsabfällen und bei der besseren Wiederverwertung der Wertstoffe sind sichtbar, aber bedeuten noch keineswegs den Ausstieg aus der „Wegwerfgesellschaft“. Hier muss die Nachfrage nach recycling- und reparaturfreundlichen Waren erhöht werden.

Mündige Verbraucherinnen und Verbraucher braucht unsere Stadt. Korrekte Waren und Dienstleistungen, am besten fair gehandelt und ökologisch hergestellt, werden von vielen Konsumentinnen und Konsumenten gewünscht. Damit Marktentscheidungen wunschgemäß getroffen werden können, sind entsprechende Informationen und Transparenz erforderlich. Wir wollen, dass Sie wissen, was in der Ware drin ist, welcher Umweltverbrauch und welche Sozialstandards sich dahinter verbergen. Nicht alles lässt sich festschreiben, aber die Labels, die für hohe ethische Standards stehen, sollen auch die Bekanntheit erhalten, die sie verdienen.

### **MEHR SCHUTZ FÜR VERBRAUCHERINNEN**

Tiere sind Teil des ökologischen Systems Stadt. Biotopvernetzung, ökologische Grünpflege, Pflanzung heimischer Arten, der Erhalt von Landschafts- und Naturschutzgebieten sowie zurückhaltende öffentliche Beleuchtung tragen dazu bei, dass alteingesessene und neu hinzugezogene Arten ihren Platz in der Stadt behalten und finden. So wichtig Nationalparks und Naturschutzgebiete für die biologische Vielfalt und das Rückzugsbedürfnis vieler Arten sind, dürfen wir den Naturschutz nicht in Sonderzonen auslagern, sondern müssen dafür sorgen, dass in der Stadt soviel Natur wie möglich Platz findet.

### **TIERSCHUTZ AUCH IN DER STADT**

## WAS LÄUFT FALSCH IN DÜSSELDORF?

### KLIMASCHUTZ NUR HALBHERZIG

„Die Schöpfung bewahren – 30 Initiativen für den Klimaschutz“ heißt das wohlmeinende Maßnahmenprogramm der Stadt aus dem Jahr 2008. Leider ist es in weiten Teilen unkonkret, spart die autofreundliche Verkehrspolitik der Stadt aus, so dass klimapolitische Ziele nur schwer verfolgt werden können. Es fehlt ein transparentes und nachvollziehbares Konzept, wie das gute Ziel, ab dem Jahr 2008 alle 5 Jahre 10% CO<sub>2</sub> einzusparen, ernsthaft erreicht werden soll. Nach den klimapolitischen Sonntagsreden verkündete die Rheinbahn, dass sie ab 2009 billigen Kohlestrom aus Duisburg beziehen will. Dies ist sehr ärgerlich, denn Düsseldorfs klimapolitische Erfolge beruhen im Wesentlichen auf dem rot-grünen Kohleausstieg auf der Lausward im Jahr 1998. Erst die Beteiligung der Stadt am „European Energy Award“ (eea) 2010, einem externen Auditprogramm, das die Klimaschutzbemühungen einer Kommune objektiv bewertet, wird tatsächlich zeigen, ob die klimapolitischen Bemühungen greifen werden.

### KEIN SCHUTZ VOR KLIMAFOLGEN

So langsam beginnt die Stadt sich mit dem Klimawandel auseinanderzusetzen, aber ein zusammenhängendes schlüssiges Handlungskonzept ist noch nicht sichtbar. Die Stadt führt als Maßnahme die Verringerung der Versiegelungsfläche an, schweigt aber über den flächenintensiven Einfamilienhausbau, die Bebauung von Frischluftschneisen oder die Bilker Arcaden anstelle einer Floraparkerweiterung. Grüne Dächer für den Regenrückhalt oder weniger Glasdächer, die die Innenstadt aufheizen – diese Maßnahmen gehören immer noch nicht

zum selbstverständlichen Handlungsrepertoire der Planungsverwaltung.

Die Stadtwerke sind rücksichtslos verkauft worden, weil die Ratsmehrheit kein Interesse an einer zukunftsorientierten Energiepolitik für den Wohn- und Wirtschaftsstandort Düsseldorf hatte. Der Stadtwerkeverkauf zeigt, dass EnBW keine Partnerin für eine zukunftsfähige Energiepolitik in Düsseldorf ist.

### **KURZSICHTIGE ENERGIEPOLITIK**

Gesparte Energie bedeutet weniger Kosten, doch angesichts des Verkaufserlöses wurde nicht genau hingeschaut. Jahrelang sind städtische Gebäude nicht energetisch saniert worden. Auf grünen Druck ändert sich dies jetzt, aber die Altlasten der Vergangenheit und die Ignoranz wiegen schwer. Die Ausrichtung der Gebäude, die Nutzung regenerativer Energien, der Anschluss an das Fernwärmenetz etc. spielen bei Bebauungsplänen und Grundstücksverkäufen für die Verwaltung bisher keine Rolle.

Geranienkübel statt Floraparkerweiterung: Grün in der Stadt wird nicht als Qualität mit eigenem Wert gesehen. Grün in der Stadt soll bloß hübsch anzusehen und günstig in der Pflege sein – dann werden auch Wettbewerbe á la „Unser Dorf soll schöner werden“ gewonnen. Der viel gepriesene „Grüne Ring“ von Golzheim zum Hofgarten ist in seinen neu geschaffenen Teilen an der Tannenstraße oder in den Derendorfer Stadtquartieren oftmals nur ein paar Meter breit: Da stellt sich kein „Grün(er)leben“ ein.

### **KEIN NACHHALTIGES GRÜN**

Flächenintensiver Einfamilienhausbau in Düsseldorf, Verkauf von Siedlungshäusern in locker besiedelten Stadtteilen und Baulöwenschutz

statt Landschaftsschutz im Düsseldorfer Norden. In Düsseldorf werden viele Flächen für den Wohnungs und Bürobau recycelt, aber gleichzeitig wird sehr sorglos mit den knappen Wohnbauflächen umgegangen.

### **RAUBBAU AN BODEN UND FLÄCHEN**

In Düsseldorf wird seit 1999 der Wohnungsbau sträflich vernachlässigt. Mangels Alternativen ziehen viele Menschen raus in die Region, obwohl sie lieber in Düsseldorf geblieben wären und ihren Arbeitsplatz in der Stadt behalten. Die Zahl der Einpendler ist von 1970 bis 2004 um ca. 200% auf ca. 210.000 gestiegen. Dies zeigt, wie sehr wir in Düsseldorf verantwortlich für den Flächenverbrauch der Region sind. Dieser Flächenverbrauch findet nur statistisch gesehen nicht in Düsseldorf statt, während Lärm und Feinstaub der Autopendelei sehr wohl in Düsseldorf zu spüren sind.

### **NATUR- UND GEWÄSSERSCHUTZ NICHT BEACHTET**

Dichtes Wohnen in der Stadt braucht unbedingt qualitätsvolles Grün: Da passt es nicht, wenn in Landschaftsschutzgebieten mit abenteuerlichen Begründungen neue Bauflächen für Einfamilienhäuser ausgewiesen werden, wie es im Düsseldorfer Norden immer wieder geschieht. Das neue Stadtentwicklungskonzept sieht am gesamten östlichen Siedlungsrand sehr häufig an Landschaftsschutzgebieten eine Siedlungs„abrundung“ vor. Es gibt kein richtiges Konzept für eine integrierte Innenentwicklung.

### **KEINE WIRKSAME LÄRMBEKÄMPFUNG**

Düsseldorf hat ein landesweit vorbildliches Lärmbekämpfungsprogramm mit Lärmschutzfenstern und einzelnen Lärmsanierungen – doch es ist ein Maßnahmenprogramm, das nicht ernsthaft die tatsächlichen Ursachen bekämpft. Technischer Lärmschutz ist zwar effektiv, aber wenn immer

mehr Autos in die Stadt kommen, werden seine Effekte neutralisiert. Erst recht, wenn Düsseldorf, wie es ein Männermagazin vor einiger Zeit festgestellt hat, Deutschlands Vizemeister bei der Raserei ist.

Eigentlich verstehen das Verkehrsdezernat und die Ratsmehrheit die Aufregung um Luftschadstoffe gar nicht: Man kann sie ja gar nicht sehen. Nur mit einer Anordnungsdrohung der Bezirksregierung wurde eine Umweltzone innerhalb des Lastring eingrichtet. Der vielbefahrene Lastring ist – auch für LKWs – eine „Umweltzonenumfahrungsstraße“. Eine Förderung des CarSharings oder ein betriebliches Mobilitätsmanagement finden nicht statt. Maßnahmen, um das städtische Ziel den Anteil des Fahrradverkehrs am Gesamtverkehr auf 16% zu erhöhen auch zu erreichen, werden unterlaufen oder gar nicht erst ergriffen. Neue Autos mit neuen Antrieben werden die Luftbelastung reduzieren, aber ohne eine Politik mit Vorrang für den Fußverkehr, das Rad und die Bahn werden die EU-Grenzwerte nicht einzuhalten sein.

### **FEHLENDER SCHUTZ VOR LUFTSCHADSTOFFEN**

Nach schweren Rückschlägen für eine ökologische Düsseldorfer Abfallpolitik – der Schließung von drei Recyclinghöfen und der Reduktion der Biotonnenabholung – konnten in den letzten Jahren einige grüne Erfolge erreicht werden: Die gelbe Tonne, die Biotonne und die Altpapiertonne können fast überall von zu Hause abgeholt werden. Doch die städtische Informationspolitik trägt nicht dazu bei, dass die neuen Servicequalitäten erkannt werden können, und eine Hilfe für Hausbesitzende bei der Umstellung ihrer Abfallbehälteranlagen gibt es auch nicht. So werden die besseren Möglichkeiten für ein gutes Wertstoffrecycling nicht genutzt.

### **RÜCKSCHLÄGE IN DER ABFALLWIRTSCHAFT**

## **VERBRAUCHER-SCHUTZ IST MEHR**

Verbraucherschutz muss in Düsseldorf stärker als bisher beachten, dass eine gute Lebensmittelüberwachung nicht alles ist. Junge wie alte Menschen stehen leider oft genug ratlos vor Rechnungen, die sich aus nicht verstandenen Internetseiten, Telefonanrufen oder Dienstleistungsvereinbarungen ergeben haben.

## **TIERSCHUTZ WIRD VERNACHLÄSSIGT**

Unangemessene Parkpflege, Planung von Baumaßnahmen ohne Rücksicht auf die vorhandenen Bäume und Pflanzen und die Bebauung von Flächen in Landschaftsschutzgebieten entziehen den Tieren in der Stadt zumindest temporär ihren gewohnten Lebensraum. Auch wenn viele der gefälltten Bäume an anderer Stelle wieder aufgeforstet werden, braucht es Jahre, bis ein neuer Baum die ökologische Funktion eines gefälltten Baumes erfüllen kann.

## **WAS WOLLEN WIR ÄNDERN?**

### **PRIORITÄT FÜR DEN KLIMASCHUTZ**

- 2 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Person sind das maximal Verantwortbare, wenn wir unser Klima ernsthaft schützen wollen. Daher senkt Düsseldorf bis zum Jahr 2050 seinen CO<sub>2</sub>Ausstoß um 80% gegenüber dem Jahr 1990.
- Da Städte für rund 80% der Treibhausgase verantwortlich sind, müssen sie auch eine Vorreiterrolle im Klimaschutz übernehmen. Mittels einer Studie, die Düsseldorf bei einem unabhängigen Institut in Auftrag gibt, sollen „Düsseldorfs Wege in eine CO<sub>2</sub>neutrale Zukunft“ dargestellt werden. Besonderes Augenmerk soll auf den Arbeitsplätzen liegen, die dadurch in der Region Düsseldorf entstehen können.
- Wir wollen durch Förderung und Beratung zu Energiesparmaßnahmen bis zum Jahr 2020 20% des Stroms bei Betrieben und Privathaushalten einsparen.

- Wir wollen kein Kohlekraftwerk in Düsseldorf. Ein Kohlekraftwerk würde den CO<sub>2</sub>-Ausstoß dermaßen erhöhen, dass alle Minderungsfolge aus Energiesparmaßnahmen zunichte gemacht würden.
- Die Energieeffizienz soll gesteigert werden, indem wir im Sommer Kälte durch ungenutzte Fernwärme erzeugen und zusätzlich viele kleine effiziente Blockheizkraftwerke für Düsseldorf bauen.
- Wir wollen die rechtzeitige Neuverhandlung des 2014 endenden Konzessionsvertrages zwischen Stadt und Energieversorgern nutzen, um darin ökologischen Kriterien zu verankern und damit Einsparungen und erneuerbaren Energien Vorrang zu gewähren.
- Wir wollen jedes Jahr 3% der Wohnungen energetisch sanieren.
- Wir wollen für PendlerInnen den Umstieg auf die Bahn attraktiver machen und die innerstädtisch die Wege unter 5 km für eine Bewältigung zu Fuß, mit dem Rad oder dem Öffentlichen Nahverkehr attraktiv machen.
- Der Transport von Gütern des täglichen Verbrauchs über weite Strecken soll dadurch reduziert werden, dass regionale Produkte besser vermarktet werden.
- Wir wollen Düsseldorfs Dächer für Solarenergie bereit machen. Wir können mit diesen Dächern Deutschlands Solarhauptstadt werden und dort ein Sechstel des künftigen Düsseldorfer Stromverbrauchs produzieren. Hierzu schlagen wir ein Aktionsprogramm „10.000 Solardächer für Düsseldorf“ vor.
- Die heißen Sommer wollen wir erträglicher gestalten und die Stadt „hitzebeständig“ machen. Ein gutes Mittel ist mehr Grün in den dicht bebauten Innenhöfen der Stadt und die Vermeidung von zu vielen Glasbauten.

**DEM KLIMAWANDEL  
BEGEGNEN**

- Die durch den Klimawandel bedingt häufig sehr starken Regenfälle können durch mehr Grün auf den Dächern und in der Stadt gemildert werden. Das Wasser kann nach einem Platzregen dann langsam in die Kanalisation und die Bäche abfließen und Überschwemmungen werden vermieden.
- Durch Einrichtung eines Flächenpools wollen wir verhindern, dass noch mehr Flächen in der Stadt versiegelt werden und stärker eine Entsigelung geprüft wissen.
- Wir wollen, dass Düsseldorfs Energiepolitik praktizierter Klimaschutz wird. Deshalb muss Düsseldorf jetzt aus eigener Kraft den Weg in die energiepolitische Zukunft gehen und sich von den großen Energiekonzernen unabhängiger machen.
- Wir wollen deshalb eine dezentrale und effiziente Energieerzeugung durch kleine und große Blockheizkraftwerke. Bei energetischen Sanierungsmaßnahmen an ihren eigenen Gebäuden sollen die Stadt und ihre Tochtergesellschaften eigene Blockheizkraftwerke errichten und betreiben. Das senkt die Stromkosten, erhöht die Unabhängigkeit der Stadt beim Stromeinkauf und schont das Klima. Die Blockheizkraftwerke sollen bis zum Jahr 2020 15% des Düsseldorfer Stroms erzeugen.

**ENERGIEPOLITIK ALS  
PRAKTIZIERTER  
KLIMASCHUTZ**

- Die energetischen Potenziale der Bioabfälle, also Braune Tonne, Grünschnitt und die Abfälle der Nahrungsmittelindustrie sollen für die Energiegewinnung genutzt werden. Dazu reicht die Energieeffizienz der Müllverbrennungsanlage – trotz KraftWärmekopplung nicht aus. Wir wollen, dass auch aus Düsseldorfer Abfällen die Erzeugung von Biogas und langfristig seine Einspeisung ins Gasnetz oder seine Verwendung in Blockheizkraftwerken gefördert wird.

- Es muss ein Solarkataster erstellt werden, um die Potenziale für Solaranlagen auf den Düsseldorfer Dächern zu erfassen. Zusätzlich soll die Solarenergie durch den Aufbau einer Beratung für alle an Photovoltaik und Solarthermie interessierten Hauseigentümer im Internet und über Telefon gefördert werden. Außerdem werden die Dächer öffentlicher Gebäude verstärkt für Investitionen in Bürger-Photovoltaikanlagen zur Verfügung gestellt. Denn wir wollen erreichen, dass Düsseldorf im Jahr 2020 Solarhauptstadt ist, wenn nämlich mindestens 20% des Stroms durch erneuerbare Energien – vor allen Dingen durch Solarenergie – in Düsseldorf erzeugt werden.
- Die Stadtwerke sind aufgefordert in Energieeffizienztechnologien und erneuerbare Energien zu investieren.
- Wir sehen die Energieversorgung als eine der zentralen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge. Schon jetzt kann die Stadt sich aktiv in die Energieversorgung Düsseldorfs einmischen. Wenn sich die Möglichkeit ergibt, wollen wir die Stadtwerke Düsseldorf AG wieder zurück in städtische Hand führen. Dabei steht an erster Stelle der Rückerwerb der Wasserversorgung.
- Wir wollen Betriebe bei der Umsetzung von branchenspezifischen Energiesparkonzepten unterstützen, und die Privathaushalte beim Stromsparen besser beraten.
- Wir wollen, dass die experimentelle Nutzung von Wind und Wasserenergie in Düsseldorf ermöglicht und gefördert wird.
- Wir wollen, dass die Stadt Düsseldorf nur noch ÖkoStrom ausschreibt und verwendet.
- Gegen die Hitze und Hetze in der Stadt brauchen wir mehr grüne Stadtplätze, schöne

## NATUR IN DER STADT ERLEBEN

Verbindungen zwischen den einzelnen Grünzonen, entsiegelte grüne Innenhöfe und vernetzte Biotope.

- Wir wollen, dass Natur auch in der Stadt erlebt werden kann, besonders von unseren Kindern. Deshalb brauchen wir neue grüne Plätze und Grünzüge, aber auch „verwilderte“ Flächen, auf denen die Kinder sich austoben und die Natur verstehen lernen können. Eine solche Grünflächenpolitik hat ihren Preis, der aber eine Investition in die Zukunft unserer Stadt ist.
- Wir wollen Programme zur Begrünung auf Fassaden, Dach und Hofbegrünung und Hinterhofentsiegelung ausweiten.
- Die vorhandene Klimaanalyse ist schon über zehn Jahre alt und soll aktualisiert werden. Ihre Ergebnisse müssen bei der Verkehrs und Stadtplanung berücksichtigt werden.
- Die städtischen Grünflächen sollen streng nach ökologischen Gesichtspunkten gepflegt werden.
- Unsere Parks, Friedhöfe und (Wasser)Spielplätze müssen auch mit gepflegten Toilettenanlagen ausgestattet werden, damit die Menschen sich dort auch über einen längeren Zeitraum aufhalten können und die Plätze sauber bleiben.
- Wir wollen den Biogarten der Volkshochschule ausbauen und dort eine Beratungsstelle einrichten, die interessierte „Hobbygärtner“ über ökologisches Gärtnern informiert und Tipps und Hinweise gibt.
- Wir wollen eine verantwortliche Planungspolitik, die nicht einseitig auf Arbeitsplatzwachstum durch Büroflächenbau setzt, und eine vorausschauende Bodenvorratspolitik, so dass Wohnungsneubau sowie die sozial verträgli-

## BÖDEN UND FLÄCHEN NICHT VER- SCHWENDEN

che Erneuerung von Quartieren Flächen sparend betrieben werden können.

- Eine 2- und 3 geschossige Wohnbebauung lässt Individualität und Wohnen im Grünen zu, wenn anspruchsvoller Städtebau im Neubau oder bei einer Verdichtung der Freiflächen betrieben wird.
- Wir wollen, dass mehr Flächen in der Stadt für Wohnungen ausgewiesen werden, anstatt ungebremst Bürobauten zu errichten.
- Es gibt in Düsseldorf noch viele architektonisch und energetisch veraltete Wohnbestände. Wir wollen, dass diese behutsam und sozial verträglich für ihre BewohnerInnen reorganisiert werden. Dabei soll auch ein Augenmerk auf die oft öden Innenhöfe gerichtet werden: Sie sollen begrünt und begehbar gemacht werden.
- Wir wollen, dass die Industriebrachen, die es in Düsseldorf gibt, auf hohem Niveau saniert werden, damit sie wieder genutzt werden können. Auch das spart wertvolle Flächen.
- Wir wollen ein umfassendes Beobachtungssystem einrichten, das der Aufklärung, Beratung und Kontrolle zum Schutz des Bodens dient.
- Wir wollen, dass die bestehenden Landschafts- und Naturschutzflächen Düsseldorfs ernsthaft vor Bebauungsplanungen der Stadtverwaltung geschützt werden. Nur dann können sie ihre Funktion zum Erhalt der landschaftstypischen Artenvielfalt erfüllen.
- Pflanzen und Tiere brauchen auch in direkter Nähe der Stadt ihren Entwicklungsraum. Die Stadt muss deshalb mit einer Satzung endlich klarstellen, wo der besiedelte Bereich aufhört und wo der Landschafts- und Naturschutz gilt.

## **MEHR PLATZ FÜR WOHUNGEN**

**NATUR UND  
GEWÄSSER  
SCHÜTZEN**

- Wir wollen, dass die Ziele der europäischen Wasserrahmenrichtlinie für den guten Zustand aller Düsseldorfer Gewässer energisch verfolgt werden.
- Die Kartierung der Qualitäten der Freiräume hinsichtlich Bodenschutz, Wasserschutz, Erholungswert und des Lebensraums für Tiere, das so genannte Freirauminformationssystem, muss strenger als bisher beachtet werden.
- Wir wollen, dass besonders heimische Bäume, Wildpflanzen und Stauden gepflanzt werden.
- Auch Gewässer haben in einer Stadt eine wichtige Funktion für Luft und Klima. Deshalb wollen wir das Bewusstsein für ihre Bedeutung stärken und z.B. „blaue Klassenzimmer“ einrichten, (urbane) Wanderwege entlang der Bachläufe ausbauen und Bachpatenschaften ermöglichen. Außerdem wollen wir eine umfassende Renaturierung von Düsseldorfs Gewässern.
- Wir wollen die Stärkung der ökologischen Landwirtschaft erreichen, denn sie trägt auch dazu bei, dass die Gewässer und auch das Grundwasser geschützt bleiben. Dazu muss zusätzlich ein umfassendes Beobachtungssystem mit Aufklärung, Beratung und Kontrollen zum Schutz des Grundwassers installiert werden.

**BAUMSCHUTZ  
OPTIMIEREN**

- Wir wollen den Baumschutz verbessern und eine Vermittlungsstelle einrichten, die Transparenz herstellt, Auskunft gibt und für Anregungen und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern Anlauf und Klärungsstelle ist. Wir wollen, dass im digitalen Baumkataster neben der Standsicherheit auch dem ökologischen Wert eines abgeholzten Baums Rechnung getragen wird. Wir wollen einen verbindlichen Baumschutz in der Bauleitplanung verankern.

- Der Natur und Gewässerschutz nützt auch den Tieren, die in der Stadt leben. Wir wollen, dass deren Bestand sich natürlich reguliert, das heißt, dass keine Abfälle oder illegale Fütterungen für ein unnatürliches Nahrungsangebot sorgen oder ausufernde öffentliche Beleuchtung den Lebensraum zerstört.
- Wir wollen den Lebensraum der Stadttiere durch die naturnahe Gestaltung städtischer Grünanlagen mit überwiegend heimischen Gehölzen verbessern und durch Entsiegelung von Flächen, mehr grünen Plätzen, Straßen, Fassaden und Dächern erweitern. Das städtische Grün soll unter Beachtung der Lebens- und Nistgewohnheiten der dort lebenden Tiere auf ökologischer Basis gepflegt werden.
- Auf städtischen Veranstaltungen wird – wenn überhaupt – nur noch Fleisch aus ökologischer Tierhaltung angeboten
- Die öffentliche Beleuchtung wird auf effiziente Leuchtmittel zum Schutz des Klimas und der nachtaktiven Insekten auf UVarmes Licht umgestellt.
- Wir wollen mindestens einen Taubenturm pro Stadtteilzentrum errichten, damit die Taubenbestände kontrolliert werden können.
- Wir wollen, dass mehr Menschen nachts wieder bei geöffnetem Fenster schlafen können. Deshalb muss Düsseldorfs Verkehr entschleunigt werden, denn, Füße und Fahrräder sind leiser als Autos. Das heißt: Nur in den Hauptverkehrsstraßen soll Tempo 50, für den Rest soll Tempo 30 gelten. Wege unter 5 km wollen wir für eine Benutzung zu Fuß, mit dem Rad oder dem Öffentlichen Nahverkehr attraktiv machen.
- Wir wollen, dass alle Straßen mit Flüsterasphalt versehen werden.

## **LEBENSRAUM DER TIERE ACHTEN**

## **LÄRM VERMINDERN**

**BESSERE LUFT**

- Wir wollen die Straßenbahn so weit wie möglich über Rasengleise fahren lassen – auch das mindert den Lärm.
- Wir wollen, dass Lärmschutzfenster gefördert und gegebenenfalls Lärmschutzwälle für die stark belasteten Wohngebiete gebaut werden.
- Wir wollen, dass die Start und Landegebühren beim Düsseldorfer Flughafen stärker auf Lärmschutz ausgerichtet werden. Das wird die Fluggesellschaften dazu bringen, leisere Flugzeuge einzusetzen.
- Wir wollen, dass sich Düsseldorf als „gesunde Stadt“ im Sinne der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auch um den Schutz vor Lärm und Feinstaubbelastung kümmert. Das bedeutet unter anderem, dass der innerstädtische Autoverkehr und damit die Feinstaub und Stickoxidbelastung reduziert werden. Mobilitätsmanagement, Ausbau des Car Sharings, modernste Motorentchnik und natürlich ein attraktiver Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) tragen dazu bei.
- Bei allen öffentlichen Planungen und Entscheidungen treten wir besonders für eine Verbesserung der Luftqualität und des Schutzes vor Verkehrslärm ein.
- Wir wollen, dass möglichst viele PendlerInnen auf Bus und Bahn umsteigen können.

**ABFALL VERMEIDEN**

- Zuviel Abfall belastet Umwelt und Natur. Deshalb wollen wir Müllgebühren, die Müllvermeidung belohnen und so dazu beitragen, dass weniger Abfall produziert wird. Bestrebungen, die Müllgebühren verstärkt nur nach den Abholkosten zu berechnen, lehnen wir ab. Wir wollen eine Verbesserung der Abfallberatung zur Vermeidung, Trennung und Entsorgung von Abfällen.

- Wir wollen außerdem eine neue Abfallsatzung mit individuellen Servicewahlmöglichkeiten hinsichtlich Mindestabfallmenge, Abholrhythmus und Service.
- Damit den DüsseldorferInnen das Recyceln ihres Mülls leichter gemacht wird, wollen wir zwei neue Recyclinghöfe in Eller und im Linksrheinischen errichten.
- Die Grünschnittsammlung soll wieder aufgenommen, aber auch die Eigenkompostierung der HobbygärtnerInnen gefördert werden.
- Und wir wollen, dass die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel voran geht und ausschließlich das umweltfreundliche Recyclingpapier verwendet und damit „Hauptstadt des Recyclingpapiers“ wird.
- Die Welt der Verbraucherinnen und Verbraucher wird durch die Vielzahl der Angebote in allen Bereichen immer komplizierter und undurchsichtiger. Wir wollen deshalb, dass die Stadt die unabhängige Verbraucherberatung, wie sie z.B. von der Verbraucherzentrale angeboten wird, unterstützt. Dazu gehört auch die gute Erreichbarkeit des Verbrauchertelefons.
- Wir wollen, dass es in Schulen Beratungsangebote zu gesunder Ernährung, Finanzen und Internetshopping gibt. Ergänzend wollen wir Beratungsangebote für Jugendliche und für Seniorinnen und Senioren zu Finanzdienstleistungen, Internet und Telefonabzocke sowie zu Pflege und haushaltsnahen Dienstleistungen unterstützen.
- Wir wollen, dass die VerbraucherInnen aufgeklärt werden darüber, was in ihren Nahrungsmitteln enthalten ist, und welche der Nahrungsmittel biologisch wertvoll und Gesundheit erhaltend, vitalisierend und Gesund-

## **AUFGEKLÄRTE VERBRAUCHERINNEN**

## **SCHUTZ DER MENSCHEN VOR SCHADSTOFFEN IN GEBÄUDEN**

heit steigend sind, also die Bezeichnung „Lebensmittel“ auch verdienen. Deshalb wollen wir auch eine hohe Kontrolldichte im Lebensmittelbereich. Und wir wollen die (Familien-) Beratungs/Bildungsangebote zur gesunden, vollwertigen und biologischen Ernährung in Düsseldorf auf und ausbauen.

- Die Energiesparberatung besonders für sozial schwächere Haushalte wollen wir ausbauen.
- Und nicht zuletzt müssen die Menschen auch in Gebäuden vor schädlichen Materialien geschützt werden. Das bedeutet eine umfassende Schadstoffsanierung von Asbest, PCB etc. in den Kindertagesstätten, Jugendfreizeitstätten und öffentlichen Gebäuden.

A woman with dark hair tied back, wearing a grey t-shirt, stands outdoors against a blue sky with light clouds. She is holding a large, rectangular piece of brown cardboard in front of her. The cardboard has handwritten text in black marker. The text is arranged in four lines: 'Beruf:', 'Installateurin', 'Arbeitgeber:', and 'SONNE!'. The background shows the dark roof of a building and a portion of a solar panel array at the bottom left.

Beruf:  
Installateurin  
Arbeitgeber:  
SONNE!

## ZEIT FÜR GRÜNE WIRTSCHAFT

### **WACHSTUM NICHT UM JEDEN PREIS**

Wir Grüne werben für eine nachhaltige Wirtschaft, also für ein Wirtschaftsleben, das sich im umfassenden Sinne an den Werten der Menschlichkeit und Umweltverträglichkeit orientiert. Ungebremstes Wirtschaftswachstum geht zu Lasten von Mensch und Umwelt. Deshalb stellen wir uns gegen die Politik des „Wachstums um jeden Preis“. Wirtschaftswachstum ist heute nur noch bei einer gleichzeitigen Senkung des Ressourcenverbrauchs vertretbar, d.h. durch eine Herstellung der Produkte mit weniger Rohstoffen und weniger Energie.

### **DÜSSELDORF ÜBERNIMMT SOZIALE VERANTWORTUNG**

Den Einkauf und Handel von Produkten aus ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen und Kinderarbeit sowie solchen Dienstleistungen und Finanzprodukten werden wir bekämpfen.

Die Stadt selbst ist wichtige Auftraggeberin. Für eine soziale und ökologische Politik kann die Stadt in vielen Bereichen Einfluss nehmen, ob es um ökologische Baustandards auf städtischen Grundstücken geht oder um den Boykott von Waren aus Kinderarbeit, wie ihn die Grünen erfolgreich angeregt haben. Klimagerechter und sozialer Wohnungsbau kann durch die städtische Wohnungsgesellschaft besorgt werden. Ebenso kann die Stadtparkasse wichtige Impulse für eine kreative und ökologische Wirtschaftspolitik geben. So können Zukunftsinvestitionen initiiert werden, die der Stadt am Ende nützen.

### **VERANTWORTUNGS- VOLLE UNTERNEH- MENSPOLITIK**

Wir Grüne sind gegen Lohndumping und krankmachende Arbeitsverhältnisse. Deshalb wollen wir dort, wo wir Einfluss nehmen können, nämlich bei der Stadt als Arbeitgeberin, darauf drän-

gen, dass sie ihre Vorbildfunktion wahrnimmt und Maßstäbe für eine verantwortungsvolle Unternehmenspolitik setzt. Wir wollen keine Billiglöhne für Dienstleistungen im städtischen Auftrag beispielsweise im öffentlichen Nahverkehr, bei der Abfallentsorgung oder bei Reinigungsdienstleistungen.

Wir leben im Übergang zur globalisierten Wissensgesellschaft. Das alte Ordnungsmodell einer relativ einheitlichen, disziplinierten Arbeitsgesellschaft tritt hinter Netzwerken und flachen Hierarchien zurück. Selbstständige Entscheidungen, Verständnis der Zusammenhänge, Kommunikationsfähigkeit, Vorstellungskraft und Wissen sind gefragt. Kreativität und Innovationsfähigkeit werden zu entscheidenden Ressourcen in der Wissensgesellschaft. Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Richard Florida hat gezeigt, dass diejenigen Regionen die größten wirtschaftlichen Erfolge haben, die den Menschen mit Blick auf Ansprüche und Möglichkeiten von Kreativität, die günstigsten Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Grüne Politik verbindet deshalb die zukunftsfähige Entwicklung des Einzelnen und der Gesellschaft mit neuen wirtschaftlichen Chancen. Grüne Politik richtet ihren Blick auch auf die speziellen ökonomischen Strukturen der Migrantinnen und Migranten, die einen nicht unwesentlichen Anteil an der Wirtschaft haben.

### **FÖRDERUNG VON LEBENS- UND ENTWICKLUNGSMÖGLICHKEITEN**

Wir wollen, dass die Fähigkeiten von Frauen optimal genutzt werden. Deshalb ist es das Ziel, dass Frauen vermehrt Führungspositionen in Wirtschaft und Verwaltung einnehmen, denn die Erfahrung lehrt, dass gemischte Teams erfolgreicher agieren. Und schließlich stehen wir dafür, dass Frauen gleichen Lohn für gleichwertige

### **DIE FRAUEN- POTENTIALE NUTZEN UND GERECHT ENTLOHNERN**

Arbeit erhalten und durch ihre Erwerbsarbeit ihre Existenz eigenständig sichern können. In Zeiten der Finanzkrise ist es überaus wichtig, dass mit einer Stützung der Wirtschaft gleichzeitig eine Veränderung bzw. Erneuerung unter ökologischer Prämisse verbunden ist. Hierbei muss der Umweltsektor künftig eine herausragende Rolle spielen. Anders als viele traditionelle Branchen, denen die Wirtschaftskrise gerade ihre Grenzen zeigt, sind die Umweltechnologien der Markt der Zukunft. Vor allem im Export ist ein erheblicher Zuwachs zu erwarten.

### **UMWELT- TECHNOLOGIEN SIND DER MARKT DER ZUKUNFT**

Hier liegt der Schlüssel zum ökonomisch sinnvollen Wirtschaften und zu einer ökologischen Vorreiterrolle Düsseldorfs. Ob es um erneuerbare Energien, um Energieeinsparen, Energieeffizienz oder um Recycling geht – deutsche Firmen gehören hier zur Weltspitze. In der Umweltbranche arbeiten 1,8 Millionen Menschen. Hier kann Düsseldorf durch gezielte Ansiedlungspolitik und Clusterbildung in den Bereichen Technologieentwicklung, nachhaltiges Ressourcenmanagement und zukunftsfähige Umweltindustrie die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt fit für die künftigen Herausforderungen machen. Selbst der Chef von ThyssenKrupp prophezeite jüngst in der Süddeutschen Zeitung, „die Umweltechnologie könne bis zum Jahr 2020 die Automobilbranche als Leitindustrie ablösen“.

### **DÜSSELDORF SOLL NOCH 2014 SCHUL- DENFREI SEIN**

Wir stehen für städtische Investitionen, die Düsseldorf als Zentrum für sozialökologische Innovationen ausweisen. Wir wollen ein intelligentes Umschichten der Mittel und gegebenenfalls das Vorziehen von investiven Maßnahmen. Die Finanzpolitik der Stadt darf aber nicht auf dem Rücken nachfolgender Generationen ausgetragen werden.

Die Privatisierung von Unternehmen in öffentlicher Hand ist für uns keine ideologische Frage. Wir prüfen jeden Einzelfall auf die Sicherung der Daseins- und Umweltvorsorge für die Stadt und auf die strategische Notwendigkeit als kommunale Aufgabe. Die Privatisierung der Rheinbahn und der Stadtparkasse schließen wir deshalb aus. Gerade diese Gesellschaften haben nämlich nicht nur eine große wirtschaftliche Bedeutung für unsere Stadt, sondern tragen nicht unwesentlich zur Daseinsvorsorge bei.

### **KEINE PRIVATISIERUNG VON RHEINBAHN UND STADTPARKASSE**

Einen wichtigen Wirtschaftsfaktor stellt der Gütertransport dar. Mit den NeussDüsseldorfer Häfen, dem Düsseldorfer Flughafen sowie dem KölnBonner Flughafen als Frachtflughafen und dem Railport Neuss hat die Region Düsseldorf leistungsstarke Logistiktore in die Welt. Gerade die Binnenschifffahrt, der Schienenverkehr und die DBtauglichen Lokomotiven der NeussDüsseldorfer Hafenbahn bieten einiges Umlenkungspotenzial. Wir Grünen wollen, dass diese immensen Logistikdienstleistungen so umwelt- und stadtverträglich wie möglich stattfinden. Der Hafen, das Logistikcenter der DB in Neuss, viele Bahnanschlüsse in der Stadt bieten dafür Möglichkeiten, die genutzt werden müssen. Dies ist nicht nur für das Wohlbefinden in der Stadt ohne Lärm und Feinstaub zentral, sondern auch eine Zukunftsinvestition für die Beschäftigten in der Logistikbranche, die knapp 6% der Düsseldorfer sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ausmachen

### **TRANSPORT- WEGE DER GÜTER UMWELT- VERTRÄGLICH NUTZEN**

## WAS LÄUFT FALSCH IN DÜSSELDORF?

### FALSCHER INVESTITIONEN

Düsseldorf investiert häufig in die falschen grossen Bauprojekte. Statt unsinniger U-Bahnbauten, wie die U80 und die Wehrhahnlinie, fehlt eine zukunftsfähige, ökologische Ausrichtung der Investitionen. Die Stadt verpasst die Chance, eine moderne und innovative Wandlung der Wirtschaft zu unterstützen.

### KEINE NACHHALTIGE RESSOURCENWIRTSCHAFT

Die Förderung von Umwelttechnologie und nachhaltiger Ressourcenwirtschaft war bisher in Düsseldorf ein Fremdwort. Grüne Initiativen hierzu sind hartnäckig abgelehnt worden. Nur sehr zaghaf und nur in Teilbereichen schleicht sich Einsicht ein. Ob dies jedoch über die Beantragung von EUMitteln hinaus geht, ist zweifelhaft. Die Automeile am Höherweg wurde mit Hochdruck vorangetrieben, eine Ansiedlungs- und Unterstützungsoffensive für Umwelttechnologien aber nicht angegangen. Hier werden echte Zukunftschancen vertan. Die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen besonders im Handwerk ist so . Durch eine Förderung der energetischen Altbausanierung würde gerade das Handwerk erheblich profitieren.

### KEINE LÖSUNGEN FÜR GÜTERTRANSPORT

So viele Straßen können gar nicht gebaut werden, um Platz für all die Lastwagen zu schaffen, die an Stelle der Bahn oder dem Rheinfrachter die Waren transportieren sollen. Die Frachtverkehre werden aber weiter steigen. Die EU prognostiziert eine erhebliche Steigerung der Transportleistung bis zum Jahr 2025 (nämlich 75%) – davon ist auch die Binnenschifffahrt betroffen. Bisher hat die Stadt hierauf nicht angemessen reagiert, ein Versäumnis, das die

Umwelt weiter belasten wird und wirtschaftspolitisch unverantwortlich ist.

Durch den Verkauf der Stadtwerke ist die Stadt zu einem hohen Preis entschuldet worden: Zum Einen basiert diese Schuldenfreiheit nicht auf einer soliden Finanzpolitik durch strukturelle Entlastung des Haushalts, sondern allein auf dem Verkauf städtischen Eigentums. Mit den 220 Mio. € teuren Tunneln für das Projekt KÖBogen wird sichtbar, wie die Schuldenfreiheit die politische Mehrheit zur verantwortungslosen Geldverschwendung und Inkaufnahme von hohen Risiken verleitet. Zum Anderen hat die Stadt nur noch einen geringen Einfluss auf eine klimagerechte Energiepolitik, da letztlich der Konzern EnBW in Karlsruhe bei den Stadtwerken bestimmt.

**SCHULDEN-  
FREIHEIT ZU  
EINEM HOHEN PREIS  
ERKAUFT**

Obwohl Düsseldorf einen in NRW einzigartigen Kulturetat aufweist, werden Entwicklungen im Bereich der kreativen Wirtschaft und der Förderung von Innovation verschlafen. Düsseldorf bringt die besten Voraussetzungen mit, behauptet sich aber gegen Städte wie Köln oder Berlin nur mäßig. In unserer Stadt muss ein Klima geschaffen werden, das Kreative anzieht und hält. Dafür sind die Dichte an kulturellen Instituten, eine Universität, eine Fachhochschule, Modemesse, Kunstakademie eine gute Ausgangsbasis – aber um als kreative Stadt wahrgenommen zu werden, reicht das allein nicht aus. Die Förderung von Kreativität und Innovationsfähigkeit ist Querschnittsaufgabe, die aber in Düsseldorf nur unzureichend wahrgenommen wird. Im Gegenteil: Bei neuen Konzepten, bei internationalen (Architekten)Wettbewerben, beim Einbezug von Universität und Fachhochschule für neue Impulse winkt die Mehrheit im Stadtrat ab.

**NUTZEN DER  
KREATIVITÄT  
WIRD VERKANNT**

**KONSERVATIVE  
WIRTSCHAFTS-  
FÖRDERUNG**

Gerade im Bereich der Selbstständigen, kleiner und mittlerer Unternehmen könnte Düsseldorf durch ein bisschen mehr Mut, konsequente Förderung und das Setzen der richtigen Rahmenbedingungen Arbeitsplätze schaffen und attraktiver für interessante Unternehmen und kluge Köpfe werden. Neben dem in den Fachhochschulen, Akademien und der Universität entstehenden „Knowhow“ sind die Potentiale von Migrantinnen und Migranten als eine weitere ökonomische Ressource in der Landeshauptstadt weitgehend ungenutzt. Und auch die Frauen als ExistenzgründerInnen sind nicht ausreichend im Blickfeld der Düsseldorfer Wirtschaftsförderung.

**WIRTSCHAFT-  
LICH UND  
VERANTWORTLICH  
HANDELNDE STADT-  
VERWALTUNG****WAS WOLLEN WIR ÄNDERN?**

- Wir fördern bei der Stadtverwaltung und den städtischen Tochtergesellschaften umweltverträglichen Ansätze und die Senkung des Ressourcenverbrauchs.
- Die Stadt soll beim Wareneinkauf auf die Klima- und Umweltgerechtigkeit sowie die Einhaltung internationaler Sozialstandards achten.
- Wir fördern bei der Stadtverwaltung und den städtischen Tochtergesellschaften ein partnerschaftliches Miteinander und gesunde Arbeitsplätze.
- Anstelle steigender Überstunden bei der Stadtverwaltung wollen wir mit dem Personalrat ein modellhaftes Arbeitsverteilungskonzept mit der Möglichkeit von kürzeren Arbeitszeiten bei anteiligem Lohnverzicht sowie Arbeitszeitkonten, flexibler Arbeitszeitgestaltung, FamilienTeilzeit, JobRotation und JobSharing entwickeln.

- Wir wollen einen Pakt für eine Ausbildungsplatzgarantie für Jugendliche in Düsseldorf. Die Stadt soll dabei eine aktive Rolle übernehmen.
- Partizipative Unternehmenskulturen und multiethnische Professionalität werden wir fördern.
- Die Stadtparkasse soll ihr Engagement bei ethisch und ökologisch unbedenklichen Finanzprodukten verstärken.
- Wir achten darauf, dass die Investitionen von heute auch morgen mehr Geld für die Bürgerinnen und Bürger wie für die Stadt bedeuten.
- Städtische Investitionen sollen sich am Ende gleichermaßen für Mann und Frau lohnen.
- Bei Ausschreibung und Vergabe öffentlicher Aufträge wollen wir Kriterien aufnehmen, die Firmen bevorzugen, die positive Maßnahmen zur Lohntransparenz und zur Lohngleichheit nachweisen.
- Düsseldorf soll mit ihren Töchtern im Nahverkehr, im Bereich Wohnen und bei der Kreditvergabe wichtige Impulse für ein attraktives, ökologisches und soziales Leben in der Stadt geben.
- Die Privatisierung der Rheinbahn und der Stadtparkasse schließen wir aus.
- Der Hafen, die AWISTA und Düsseldorfs Wasserwerke gehören wieder in städtische Hand.
- Wir wollen ein Mikrokreditprogramm der Stadtparkasse für kleine Unternehmen und ExistenzgründerInnen.
- Wir wollen intelligentes Umschichten der Mittel und gegebenenfalls das Vorziehen von investiven Maßnahmen dies nach der Prämisse „Düsseldorf soll auch 2014 schuldenfrei sein“.

**NACHHALTIGE UND  
GESCHLECHTER-  
GERECHTE  
FINANZPOLITIK**

**KEINE PRIVATI-  
SIERUNG VON  
RHEINBAHN UND  
SPARKASSE**

**UMWELTBANCHE  
STÄRKER  
UNTERSTÜTZEN**

- Wir wollen, dass Düsseldorf gestärkt aus der Wirtschaftskrise hervorgeht. Mit einem ökologischen Investitionsprogramm sollen zukunftsfähige Branchen ausgebaut und die Konjunktur gestärkt werden.
- Wir wollen Düsseldorf als Zentrum für sozialökologische Innovationen entwickeln wie zum Beispiel die Weiterentwicklung neuer automobiler Antriebstechniken.
- Mit dem sofortigen Bau von Schulmensen wollen wir in die Zukunft unserer Kinder investieren.
- Wir wollen im Rahmen des Lärminderungsprogramms verstärkt und rascher Straßen mit Flüsterasphalt sanieren.
- Wir wollen beim barrierefreien Umbau der Bushaltestellen Tempo machen und 1000 Bussteigkanten in 10 Jahren barrierefrei machen.
- Nach dem Erfolg der regionalen Bauernmärkte wollen wir die Vermarktung regionaler Produkte stärken.
- Konkret profitieren gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen von Maßnahmen zu Klimaschutz. Die energetische Sanierung der rund 57.000 Altbauten schafft Arbeitsplätze. CO<sub>2</sub>Einsparung macht unabhängiger von Primärenergieträgern und ist auch noch gut für den Geldbeutel. Wir wollen den Ausbau der Förderung der energetischen Altbausanierung auf jährlich 3% des Bestandes – besonders im Geschosswohnungsbau.
- Die Wirtschaftsförderung soll zur gezielten Ansiedlungspolitik und Konzentration von Unternehmen (Cluster) im Bereich nachhaltiges Ressourcenmanagement und zukunftsfähiger Technologieentwicklung genutzt werden.

- Die Stadt soll eine Ansiedlungspolitik der Umweltunternehmen z.B. im „LifeScienceCenter“ am Merowingerplatz und eine gezielte Zusammenarbeit mit Universität und Fachhochschule forcieren.
- Gezielte Hilfen für die Unternehmen, wie durch das Landesprogramm „Ökoprofit NRW“, zeigen, wie in den Betrieben selber Ressourcen eingespart werden können. Wir wollen einen Ausbau der Förderung.
- Wir wollen ein Transport und Logistikkonzept für eine umwelt und stadtverträgliche Abwicklung der Güterverkehre.
- Wir wollen die Stärkung und den Ausbau des Hafens, so dass er auch in Zukunft den Anforderungen des modernen Güterverkehrs gerecht wird.
- Gewerbebetriebe erhalten Unterstützung zur Nutzung innerstädtischer Gleisanschlüsse.
- Die kleinen und mittelständischen Unternehmen, gerade im Handwerksbereich, bilden das Rückgrat für Arbeitsplätze und vor allem auch für Ausbildungsplätze. Gute Ansiedlungsbedingungen wollen wir vor Ort fördern.
- Für die Ansiedlung von HandwerkerInnen in Handwerkerhöfen sollen preiswerte Flächen bereitgestellt werden.
- Ergänzend ist Unterstützung bei der benötigten Infrastruktur zu leisten.
- Wir wollen die Studierenden der Fachhochschule und der Universität in Düsseldorf halten und eine spezielle Gründungsberatung für Kreative anbieten. Zusammen mit der Bereitstellung von Gründungskapital durch die Sparkasse soll so Selbstständigkeit für Kreative gefördert und ermöglicht werden.

## **UNTERNEHMEN STÄRKEN DURCH RESSOURCEN SPAREN**

## **TRANSPORT UND LOGISTIKLÖSUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT**

## **ANSIEDLUNG DES HANDWERKS**

**KREATIVITÄT ALS  
WIRTSCHAFTS-  
FAKTOR  
BEACHTEN  
UND RAUM  
GEBEN**

- Durch Raumbangebote, analog dem „Life Science Center“, sollen junge Kreativwirtschaftsfirmen eine Chance auf den Ausbau ihrer Tätigkeit erhalten und die Vernetzung dieser Unternehmen gefördert werden.
- Die AbsolventInnen unserer kreativen Studiengänge (Kommunikationsdesign, Architektur, freie Kunst) und die freie Kulturszene wollen wir in der Vermittlung von preiswerten Ausstellungsräumen in leer stehenden Ladenlokalen unterstützen und Hinterhofmilieus und Subkultur fördern.
- Im Rahmen eines Leerstandsmanagements soll das Kulturamt – in Zusammenarbeit mit dem Amt für Immobilienmanagement und dem Wirtschaftsförderungsamt – Möglichkeiten einer Zwischennutzung von leerstehenden Gewerberäumen und Ladenlokalen für eine Zwischennutzung prüfen und gegebenenfalls realisieren. Durch solche Zwischennutzungen für kulturelle Zwecke können freie Kreative ohne große Aufwendungen eine breitere Öffentlichkeit erreichen und Düsseldorf wird sichtbar kreativer.
- Ansiedlungen von subkulturellen und kreativen Geschäften und Szenen, wie auf der Ackerstraße oder der Collenbachstraße, wollen wir unterstützen.
- Bei Bauprojekten mit städtischer Beteiligung wollen wir Architekturwettbewerbe ausloben, damit auch neue Ideen von kleineren Büros eine Chance auf Verwirklichung haben.
- Durch Kooperation der Stadt mit der Universität und der Fachhochschule wollen wir den Präsentationen der Abschlussarbeiten der kreativen Studiengänge einen stärkeren Auftritt verschaffen.

- Das in der Stadt vorhandene Gründungspotenzial soll durch ein umfassendes Beratungsangebot aktiviert werden, inhaltlich beginnend mit der Aufklärung über Möglichkeiten der Existenzgründung bei AbsolventInnen und MigrantInnen, weiter über die Prüfung der Geschäftsidee bei den GründerInnen bis zur Professionalisierung und Geschäftssicherung nach der Gründung.
  - Die ExistenzgründerInnen sollen über diese Beratung hinaus drei Jahre lang intensiv begleitet werden, um die Qualität und die Nachhaltigkeit von Existenzgründungen zu verbessern. Diese Leistung soll entweder direkt durch das Amt für Wirtschaftsförderung oder einen seitens der Kommune finanzierten unabhängigen Träger durchgeführt werden.
  - Besondere Berücksichtigung sollen die Informationen der Gründerinnen und Gründer über Maßnahmen der Arbeitsförderung seitens der Arbeitsagentur einmal für sich selbst wie auch für Arbeits- und Ausbildungsplätze im angestrebten Unternehmen finden.
  - Die Sparkasse soll mehr Kapital zur Förderung von Existenzgründungen bereitstellen.
- EXISTENZ-GRÜNDUNGEN STÄRKER FÖRDERN**
- Wir wollen ein interkulturelles Frauenwirtschaftszentrum für Frauen mit und ohne Migrationskontext.
  - Wirtschaftsförderung soll auch gezielt für Unternehmen aus der Migrationsökonomie angeboten werden.
  - In der Wirtschaftsförderung brauchen Frauen, die sich selbstständig machen wollen, eine auf ihre Bedürfnisse und Vorstellungen ausgerichtete Beratung und Unterstützung.
  - Wir setzen auf ein Stadtmarketing, das Düsseldorfs Stärken, z.B. in der Kultur, gezielt betont und so zu einer Profilbildung beiträgt.
- GRÜNDUNGSPOTENZIALE VON MIGRANTINNEN UND FRAUEN BESSER NUTZEN**

**NACHHALTIGES  
TOURISMUS-  
UND VERANSTAL-  
TUNGSKONZEPT**

Wir brauchen ein Veranstaltungskonzept, das diesen Zielen folgt. Kleinere Veranstaltungen und Angebote können ebenso zu dieser Profilbildung beitragen.

- In Zusammenarbeit mit den Nachbarn möchten wir kulturelle Zusammenhänge aufzeigen und nachhaltigen Tourismus fördern.

A man with a beard and a woman with short blonde hair are standing outdoors in front of a modern building with large windows. They are both smiling and holding a large, rectangular cardboard sign. The sign has the German phrase 'Mitreden macht schlau!' written on it in a black, cursive script. The man is on the left, wearing a dark blue polo shirt, and the woman is on the right, wearing a bright blue turtleneck top and jeans. The background is slightly blurred, showing the building's facade and some greenery.

Mitreden  
macht  
schlau!

## ZEIT FÜR BILDUNG VON ANFANG AN

*“Ausgangspunkt für Bildungsprozesse in den verschiedenen Lebensphasen ist die kommunale Ebene. Hier entscheidet sich Erfolg oder Misserfolg von Bildung (...) Die Verantwortung der Städte in der Bildung muss deshalb gestärkt werden.“*

Dieser Erklärung des Deutschen Städtetages vom November 2007 stimmen wir Grünen ausdrücklich zu. Wir sehen in der Bildungspolitik eine der größten Herausforderungen der Zukunft. Sowohl in den Kindertagesstätten (KiTas) als auch in den Schulen und den Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung wollen wir allen Menschen faire Bildungschancen eröffnen. Wir setzen auf die Wertschätzung der Vielfalt der Kinder und Jugendlichen sowie auf individuelle Förderung anstelle einer „begabungsgerechten“ Auslese. Jedes Kind in unseren Bildungsinstitutionen muss mitgenommen werden.

### **KITAS SIND BILDUNGSORTE**

Die Tagesstätten sind für Kinder neben ihren Familien – der wichtigste Ort von Bildung und Erziehung. Noch immer ist der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten nicht ausreichend verankert. Unsere Kindertagesstätten leisten sehr viel. Sie sind weit mehr als Betreuungseinrichtungen und müssen in ihrem Bildungsauftrag gestärkt werden. Nur so können wir verhindern, dass schon im frühesten Kindesalter die Weichen falsch gestellt werden. Kinder lernen selbstentdeckend und durch die Interaktion mit anderen Kindern und mit Erwachsenen. Hierfür braucht es ausreichend KiTaPlätze, pädagogische Konzepte, die die Kinder in den Mittelpunkt stellen

und Erzieherinnen und Erzieher, die kompetent und motiviert diese Konzepte umsetzen können.

Wir wollen auch in Düsseldorf endlich ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen auch für Kinder unter drei Jahren schaffen und die Öffnungszeiten der Tagesstätten den tatsächlichen Bedürfnissen der Eltern und ihrer Kinder anpassen. Wir wollen die Elternbeiträge auch für unter Dreijährige Schritt für Schritt abschaffen. Ein qualitativ hochwertiges und vielfältiges Angebot muss Standard in jeder KiTa werden. Dazu gehören Bewegung, gesunde Ernährung, Sprachförderung, kulturelle und besonders musische Angebote. So wird der Grundstein für die weitere erfolgreiche Bildungslaufbahn gelegt.

Vielfalt und Verschiedenheit sind eine Chance für den Bildungserfolg aller SchülerInnen. Die Wertschätzung jedes Einzelnen und die sorgfältige Arbeit mit einer gemischten Lerngruppe sind die Grundlagen jeder individuellen Förderung. Die gute Schule zeichnet sich durch eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung von Verschiedenheit aus. Wir folgen einem ganzheitlichen und umfassenden Bildungsbegriff, der Bildung auch jenseits der ökonomischen Verwertbarkeit als Wert an sich begreift. Kinder sollen nicht nur „Lesen, Schreiben, Rechnen“ lernen, sondern auch singen, musizieren, malen, sich bewegen und vieles mehr, kurz: lernen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Das vielgliedrige Schulsystem ist schon längst an seine Grenzen gestoßen. Es fördert weder die starken, noch die schwachen Kinder so, wie es nötig und möglich wäre. Es kommt darauf an, eine neue Lernkultur mit einer neuen Schulstruk-

## **GUTE SCHULEN BILDEN UMFASSEND**

## **ÜBERWINDUNG DES GEGLIEDERTEN SCHULSYSTEMS**

**DIE NEUE SCHULE  
WÄCHST VON UNTEN**

tur zu verbinden. Individuelle Förderung, nicht das Aussortieren muss die Schule prägen. Erst ein längeres gemeinsames Lernen aller Kinder führt zur konsequenten Anwendung individualisierten Unterrichts, in dem Schülerinnen und Schüler die bestmögliche Qualifikation erreichen. Nicht die Kinder müssen zur Schule passen, sondern die Schule zu den Kindern. Wir wollen das gegliederte Schulsystem überwinden und eine Schule für alle Kinder schaffen – hierbei schließen wir Kinder mit Behinderungen ausdrücklich ein.

Eine neue Schule kann nur von unten und mit einer größtmöglichen Einbindung aller Beteiligten vor Ort wachsen. Die Rahmenbedingungen müssen so verändert werden, dass Bildungsgänge zusammengeführt und die Gründung von Gemeinschaftsschulen gestützt und gefördert werden. Dabei steht die Gemeinschaftsschule für verschiedene Formen längeren gemeinsamen Lernens. Das Grundprinzip ist die flexible Kooperation verschiedener Schularten bis hin zur kompletten Integration mit dem Ziel einer längeren gemeinsamen Schulzeit. Damit haben alle Kinder in sozialer Gemeinschaft, aber in vielfach unterschiedlichem Tempo und auf unterschiedlichen Wegen – ohne komplizierte Schulwechsel die Chance, die für sie bestmögliche Qualifikation zu erreichen. Der Unterricht an unseren Schulen muss dann geprägt sein von Methodenvielfalt, eigenverantwortlichen Lernprozessen der Schülerinnen und Schüler und einem neuen Rollenverständnis der Lehrkräfte als Expertinnen und Experten für das erfolgreiche Lernen. So können leistungsstärkere und leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler ihre je eigenen Bildungspotentiale voll ausschöpfen. Wir wollen die Schulen, die sich auf diesen Weg machen, gezielt unter-

stützen mit kleineren Klassen, Fortbildungs- und Qualifizierungsmitteln, der Weiterbildung der Lehrkräfte und multiprofessionellen Teams.

Mehr Raum und Zeit für gemeinsames Lernen und Leben in der Schule tut Kindern gut und fördert vor allem Kinder, die zuhause wenig Unterstützung erfahren. Deshalb muss die Ganztagschule weiter ausgebaut, qualitativ verbessert und kostenfrei werden. Mit dem Schuljahr 2009/2010 werden alle 88 Grundschulen und die 14 weiterführende Schulen ein Ganztagsangebot haben. Dadurch wird deutlich, wie groß die Realisierung dieser Aufgabe ist, wie viele Schülerinnen und Schüler und deren Eltern davon betroffen sind und wie dringlich alle mit der Umsetzung des Ganztages in den Schulen nötigen Entscheidungen sind.

Ein warmes und gesundes Mittagessen, an dem alle Kinder und Jugendlichen teilnehmen können, muss zu einer Selbstverständlichkeit in allen KiTas und Schulen werden. KiTas und Schulen sind wichtig für die Gesundheitsförderung, weil Kinder dort über viele Jahre hinweg erreichbar sind. Je mehr die Ganztagsangebote zum Regelfall werden, desto mehr muss auch das Mittagessen als Bestandteil des Ganzen und damit einer umfassenden Bildung angesehen werden. Deswegen wollen wir perspektivisch den Kostenbeitrag zum Mittagessen abschaffen.

Um den erzieherischen und gesellschaftlichen Anforderungen von heute zu begegnen, ist es notwendig, dass alle zusammenarbeiten, die für Kinder und Jugendliche im Stadtteil aktiv sind. Dazu gehören KiTas, Schulen, Jugendhilfe, Aus- und Weiterbildungsinstitutionen, Kinder-

## **AUSBAU DER GANZTAGSSCHULEN**

## **GESUNDE KINDER LERNEN BESSER**

## **IM STADTTEIL NETZWERKE FÜR KINDER UND JUGENDLICHE**

**ALLE FAMILIEN-  
FORMEN  
UNTERSTÜTZEN**

ärztInnen, Jugendverbände, Wohlfahrtsverbände, Tagesmütter und viele andere, die Eltern in ihrem Erziehungsauftrag unterstützen können. Solche Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungnetzwerke in den Stadtteilen heißen „kommunale Bildungslandschaften“, weil so jedem Kind die beste Bildungslaufbahn ermöglicht werden soll. Den Aufbau und die Arbeit solcher Netzwerke wollen wir fördern.

Kinder und Jugendliche wachsen heute in vielfältigen Familienformen auf. Das kann die klassische Familie mit Vater, Mutter und Kind(ern) sein. Familie sind aber genauso allein Erziehende, die in Düsseldorf ein Viertel der Familien ausmachen, Adoptiv- oder Pflegefamilien und gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern. All diese Familien müssen da, wo sie es brauchen, unterstützt werden, und die Angebote der Stadt müssen ihnen gleichermaßen zugänglich sein.

**FREIRÄUME FÜR  
KINDER UND  
JUGENDLICHE**

Kinder und Jugendliche verbringen ihre Zeit nicht nur in der KiTa oder Schule. Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume im doppelten Sinn: Spielplätze, Sportplätze und Treffpunkte sowohl im öffentlichen Raum als auch als Einrichtung und hier die Möglichkeit, diese Räume selbst zu gestalten. Kinder und Jugendliche sollen da mitreden und mitentscheiden können, wo ihre Lebensbereiche unmittelbar betroffen sind. Schließlich brauchen Kinder und Jugendliche in Not umfassende und verlässliche Hilfe und Unterstützung von Seiten der Stadt.

**DAS NÖTIGSTE  
ZUERST**

Bildungspolitische Maßnahmen sind in der Regel sehr teuer, weil sie immer für sehr viele Menschen realisiert werden müssen. Wir können es uns aber kulturell, sozial und wirtschaftlich nicht

leisten, unsere Kinder nicht ausreichend zu fördern. Deswegen haben wir Grünen auf Bundesebene einen „Bildungssoli“ vorgeschlagen. Um die städtische Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen realistisch zu gestalten, wollen wir jeweils in Stadtteilen mit besonderem Handlungsbedarf beginnen.

## **WAS LÄUFT FALSCH IN DÜSSELDORF?**

Im Bereich der Kinderbetreuung forciert die Stadt den quantitativen Ausbau und hat dabei die Verbesserung der Qualität kaum im Blick. Dabei kann in Düsseldorf nicht das fehlende Geld das Problem sein, schließlich werden an vielen Stellen falsche Entscheidungen der Landesregierung durch eigene Mittel kompensiert.

Wir begrüßen, dass die Stadt die Elternbeiträge für Kinder ab drei Jahren abgeschafft hat. Doch diese Maßnahme führt dazu, dass andere notwendige Ausgaben für Ausbau und Qualitätsverbesserung in den KiTas nur noch zögerlich getätigt werden. Die Beitragsbefreiung aller (auch vermögender) Eltern mit drei bis sechsjährigen Kindern wird also auf dem Rücken der Eltern mit unter Dreijährigen, der ErzieherInnen und der Kinder ausgetragen. Auch deshalb wandern nach wie vor junge Familien ins Umland ab.

Dass KiTas die ersten Bildungseinrichtungen für Kinder sind, wissen inzwischen auch CDU und FDP. Die FDP will ihr Prinzip der Begabtenauslese von der Schule in die KiTas vorverlegen, z.B. wenn sie musische Erziehung nur an einigen ausgesuchten KiTas realisieren will. Viele der Schwierigkeiten in der Bildungspolitik, zum Beispiel die

**QUANTITÄT STATT  
QUALITÄT BEI DER  
KINDERBETREUUNG**

**BILDUNG**

**BEGABTENAUSLESE  
SCHON IN DER KITA**

**HAUSGEMACHTE  
PROBLEME DER  
STADT DÜSSELDORF**

völlig unzureichend vorbereitete Verkürzung der Gymnasialzeit, werden nicht in Düsseldorf, sondern beim Land NRW verursacht. Dennoch gibt es in Düsseldorf viele haus-gemachte Probleme. Der erste integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan aus dem Jahr 2008 hat gezeigt, wie sehr die Angebote der verschiedensten Bildungs- und Erziehungsträger neben-einander her existieren. Trotzdem ist eine Schulentwicklung, die auf Vernetzung und Qualität setzt, bisher nur rudimentär vorhanden. In den letzten Jahren hat die Stadt Düsseldorf zwar einen millionenschweren Masterplan für Schulsanierungen aufgestellt, aber es kommt immer wieder zu Verzögerungen und Störungen. Demokratische und partizipative Elemente bei Sanierungen oder Umbauten und eine verbesserte Lernkultur durch pädagogisch gestaltete Schulbauten spielen in Düsseldorf keine Rolle. Die Befreiung vom Essensgeld, Zuschüsse für Klassenfahrten oder Lernmittel für Kinder aus einkommensarmen Elternhäusern ist in Düsseldorf nicht geplant.

**ZU WENIG  
VERNETZUNG  
DER BILDUNGS-  
EINRICHTUNGEN**

Auch in Düsseldorf werkelt jede Schulform für sich und vor sich hin, weil die Vernetzung von Bildungs-, Kultur- und Erziehungsträgern fehlt. Die verschiedensten Angebote werden von der Verwaltung nicht kooperativ entwickelt und abgestimmt. Noch immer gibt es keine verantwortliche Zusammenarbeit zwischen Schulen, Schulverwaltungsamt und Jugendamt. Angesichts großer Klassen und Lehrermangels besteht die individuelle Förderung nur auf dem Papier. Eltern sind bei der Schulauswahl für ihre Kinder weitgehend auf sich allein gestellt. Ein ausführliches und wirklich informatives Angebot der Stadt Düsseldorf, z.B. im Internet, gibt es nicht.

All dies wird noch überlagert von der unzureichend geplanten Einführung des Ganztages in den weiterführenden Schulen. Ohne vorhandene Cafeterien oder Mensen kommt es zu Schwierigkeiten bei der Mittagsverpflegung, mit der Übermittagsbetreuung und einer sinnvollen Unterrichtsgestaltung am Nachmittag. Das Immobilienmanagement der Stadt hängt bei der Einrichtung von Cafeterien und Mensen an den Ganztagschulen erheblich hinter den angemeldeten Bedarfen hinterher.

## **FEHLENDE MENSEN**

Die Gesamtschule ist ein ungeliebtes Kind nicht nur der Landesregierung, sondern auch von CDU und FDP in Düsseldorf. Die Bedingungen für Gesamtschulen werden verschlechtert, die Erfolge kleingeredet. Es scheint in Düsseldorf nicht gewollt zu sein, dem Elternwillen nachzukommen und weitere Gesamtschulplätze anzubieten. Die Leistungen unserer Gesamtschulen werden verkannt und der Elternwille wird ignoriert. Weitergehende Überlegungen in Richtung der Gründung von Gemeinschaftsschulen werden nicht zugelassen.

## **ELTERNWILLE WIRD IGNORIERT**

Auch in Düsseldorf besuchen sehr viele Kinder mit Migrationshintergrund Haupt- und Förderschulen, nur wenige das Gymnasium. Die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund steckt nach wie vor fest in Düsseldorf und man ist nicht bereit, die vorhandenen Missstände konsequenter zu beheben.

## **MANGELNDE INTEGRATION**

Bei der Auflösung der Grundschulbezirksgrenzen wollte Düsseldorf Vorreiter sein, doch damit verstärkte sich der Wettbewerb unter den Schulen. Die Ankündigung von CDU und FDP, diesem Wettbewerbsdruck durch höhere Unter-

## **IDEOLOGISCHE GRUNDSCHUL- POLITIK**

**AUSSCHLUSS VON KINDERN MIT BEHINDERUNGEN**

stützungsleistungen an Grundschulstandorten mit besonderem Handlungsbedarf (z.B. durch mehr Schulsozialarbeit) entgegen zu wirken, wird kaum verwirklicht. Für einzügige Grundschulen lassen sich nur schwer RektorInnen finden. Eine stabile Zweizügigkeit von Grundschulen als generelles Modell ist mit CDU/FDP nicht durchsetzbar.

Für den behindertengerechten Umbau von Schulen liegt noch immer keine abgestimmte Liste der umzubauenden Schulen vor. Dabei ist dies der erste und einfachste Schritt, integrativen Unterricht der SchülerInnen mit und ohne Behinderungen zu ermöglichen und dem Elternwillen zu entsprechen. Gerade für weiterführende Schulen fehlen offensive Unterstützungsleistungen.

**MANGELNDE KINDERFREUNDLICHKEIT**

Als typische Singlestadt ist Düsseldorf nicht kinderfreundlich. Nur in jedem sechsten Haushalt leben minderjährige Kinder, Gewerbe und Tourismusansiedlungen haben meist Vorrang vor dem Wohnungsbau, ungehinderter Autoverkehr hat Vorrang vor der Verkehrsberuhigung. Auch der sehr teure Wohnraum trägt dazu bei, dass nach wie vor junge Familien ins Umland abwandern. Es besteht Handlungsbedarf beim Neubau, bei der Sanierung und bei der zeitgemäßen, attraktiven Ausgestaltung der Jugendfreizeiteinrichtungen. Altersgerechte Partizipation von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Belangen erschöpft sich im 2007 erstmals gewählten Jugendparlament.

## WAS WOLLEN WIR ÄNDERN?

- Kindertageseinrichtungen müssen vielfältig unterstützt werden. Wir möchten bei den KiTas nicht nur die Zahl der Plätze, sondern auch die Qualität des Angebotes weiter entwickeln.
- Wir wollen die Plätze für unter Dreijährige deutlich ausbauen. Wir sehen den Bedarf deutlich über der gesetzten Marke von 35%.
- Der Betreuungsschlüssel soll nach und nach verbessert werden: Kleinere Gruppen bedeuten mehr Aufmerksamkeit für die individuellen Bedürfnisse der Kinder und mehr Zeit für die Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher. Es muss sichergestellt sein, dass genügend Personal für die Vertretung, z.B. bei Krankheit, da ist.
- Bis zum Jahr 2013, wenn der Rechtsanspruch auf einen KiTaPlatz ab dem ersten Lebensjahr greift, wollen wir die Beitragsfreiheit für die Betreuung unter Dreijähriger eingeführt haben.
- Betriebskindertagesstätten sollen öffentlich gefördert werden, denn sie sind eine gute Möglichkeit, besondere Betreuungsbedarfe z.B. bei Schichtdienst, abzudecken.
- Kinder brauchen Platz zum Bewegen: Wir wollen, dass in allen KiTas genügend Gelegenheiten für die motorische Entwicklung der Kinder geboten werden.
- Kinder brauchen Anregungen: Jede KiTa soll mit Spiel und Sportgeräten und elektronischen Medien – in erster Linie für das Personal ausgestattet werden.
- Kinder brauchen gesundes und ausgewogenes Essen, am besten frisch zubereitet. Ziel sollte

### **BILDUNGS- AUFTRAG DER KITAS STÄRKEN**

### **VIELFÄLTIGES ANGEBOT IN JEDER KITA**

es sein, die KiTas mit Küchen auszustatten, Köch/inn/en einzustellen und die Aufwärmbecken für das Fertigessen abzuschaffen. Dies bietet auch Gelegenheiten für die spielerische Vermittlung der Bedeutung von gesunder Ernährung. Wir wollen KiTas bei der Umstellung unterstützen.

- Immer mehr Kinder wachsen mehrsprachig auf. Deshalb ist Sprachförderung nicht nur bei Defiziten sinnvoll, sondern sollte als konsequente Förderung von Zwei und Mehrsprachigkeit zum Regelangebot jeder KiTa gehören.
- Kulturelle und insbesondere musische Angebote sollen in jeder KiTa allen Kindern zugänglich sein. Das Gleiche gilt für Möglichkeiten zur Naturerfahrung und zum Wecken naturwissenschaftlicher Neugier.
- Alle Angebote in KiTas sollen kultur und geschlechtssensibel ausgerichtet sein.

### **QUALIFIZIERUNG DER ERZIEHERINNEN**

- Die ErzieherInnen müssen kontinuierlich fortgebildet werden. Wir wollen, dass die Stadt ein umfassendes Weiterbildungsangebot für die Fachkräfte in den Einrichtungen, aber auch für die Tagespflegepersonen auflegt.
- Solche Fortbildungen sollen auch berufsbeleitend angeboten werden.
- Wir wollen mehr ErzieherInnen mit Migrationskontext und mehr junge Männer als Erzieher werben.
- Wir wollen die ErzieherInnen entsprechend ihrer besseren Qualifikation auch besser entlohnen.
- Entscheidende Schritte zu besseren Schulen sind mehr und umfassender ausgebildete LehrerInnen und kleinere Klassen. Doch die Verantwortung dafür liegt beim Land NRW, das die-

sen Forderungen zu wenig nachkommt. Eine Kommune wie Düsseldorf, die dazu finanziell in der Lage ist, sollte dann eigene Mittel für Personal und Förderkurse zur Verfügung stellen.

- Wir wollen die Ausstattung von Schulen den modernen Erfordernissen anpassen. Die Stadt soll in allen Schulen pädagogisch sinnvolle Räume und eine zeitgemäße Medien, Geräte und Materialausstattung bereitstellen.
- Kultur und Bewegung halten wir für einen unabdingbaren Bestandteil von Bildung, der nicht eingeschränkt werden darf. Wir wollen, dass dabei auch der interkulturelle Aspekt berücksichtigt wird.
- Wir respektieren den Elternwillen und unterstützen die Einrichtung einer neuen Gesamtschule in Düsseldorf.
- Wir erleichtern den Eltern die Informationen zu den Schulen durch eine ansprechende und übersichtliche Internetseite der Stadt, unabhängig von eigenen Webseiten der Schulen.
- Wir setzen uns für den Ausbau der Schulsozialarbeit ein.
- An jeder Düsseldorfer Schule sollte eine sozialpsychologisch geschulte pädagogische Kraft für Lernende, Lehrende und Eltern erreichbar sein.
  
- Wir unterstützen alle Bestrebungen von Eltern und Schulen, ein Ganztagsangebot einzurichten. Dies gilt für alle Schulformen, auch für weiterführende Schulen.
- Die fortschreitende Ausdehnung des Ganztages auf alle Schulformen erfordert erhebliche Anstrengungen, die weit über die bisher üblichen sächlichen Ausstattungen hinaus gehen.

## **WIR SORGEN FÜR BESSERE SCHULEN**

## **GANZTAGSAN- GEBOTE AUSBAUEN UND VERBESSERN**

- Die Struktur von Schule am Vormittag und Betreuung am Nachmittag soll langsam aufgehoben werden (rhythmisierter Ganzttag). Ganztagsklassen bieten die Chance einer weitgehenden Verzahnung von Unterricht und anderen Bildungsangeboten (Sport, Kultur, Kochen, Umweltprojekte, etc). Wir wollen, dass Düsseldorf hier eine Vorreiterrolle einnimmt und die personellen und räumlichen Bedingungen schafft.
- In der Offenen Ganztagsgrundschule muss sich an die Aufbauphase jetzt eine qualitative Ausbauphase anschließen, die eine weitere Öffnung der Schulen in ihren Stadtteil beinhaltet.
- Wir wollen die Beständigkeit in der Betreuung sichern und deswegen mit den Jugendhilfeträgern Modelle für eine existenzsichernde Beschäftigung erarbeiten.

### **TÄGLICH GESUNDE MAHLZEITEN**

- Wir wollen die Essenbeiträge im Ganzttag besonders für Familien an der Armutsgrenze abschaffen, so dass kein Kind von der Mahlzeit ausgeschlossen wird.
- Zum Essen gehört auch Ernährungsbildung, gehört schmecken und genießen lernen und der praktische Umgang mit frischen Lebensmitteln. Deswegen müssen Schulen – wie auch KiTas – durch kindgerechtes Informationsmaterial und Fortbildungen der Lehr und Betreuungskräfte unterstützt werden.
- Wir wollen die Schulen so ausstatten, dass Essen von den Kindern mit zubereitet oder in der Betreuung auch Kochen oder Backen angeboten werden kann.
- Wir unterstützen Initiativen von Schulen, die sich (ggf. im Verbund mit anderen Schulen) selbst versorgen möchten.

- Wir wollen, dass immer auch eine vegetarische Mahlzeit im Angebot ist und die Produkte möglichst aus regionalem und biologischem Anbau stammen.
- Wir wollen, dass Schulcaterer, die frische, biologisch erzeugte und gentechnikfreie Produkte anbieten, zertifiziert werden.

- Wir wollen eine Schulverwaltung, die sich als Dienstleisterin für die Schulen begreift und mit darauf achtet, dass Schulbauten zügig und kompetent errichtet werden.
- Der Masterplan Schulen muss organisatorisch neu aufgestellt werden und die neuen pädagogischen Bedarfe und die daraus folgenden Umbauerfordernisse beinhalten.
- Für die Schulen muss es direkte Ansprechpartner für Bauarbeiten an ihrer Schule geben.
- Bei Umbaumaßnahmen sollen die betroffenen SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen entscheidend mitreden können.
- Die Qualität von Schulbauten wollen wir auch durch Architekturwettbewerbe verbessern.

### **SCHULBAU NACH PÄDAGOGISCHEN ERFORDERNISSEN**

- Wir wollen, dass die qualitative Entwicklung der einzelnen Schulformen endlich Bestandteil der Schulentwicklungsplanung wird.
- Im Zuge des Ausbaus des Ganztages sind eine Qualitätsoffensive und eine stärkere Vernetzung zwischen Jugendhilfeträgern und Schulen notwendig.
- Wir unterstützen die Bildung von Verbundschulen an GrundschulDoppelstandorten oder an Standorten mit Haupt- und Realschulen.
- Wir Grünen wollen für Grundschulen in der Regel eine stabile Zweizügigkeit erreichen, um die Besetzung von RektorInnenstellen zu erleichtern und die Reserven zum Ersatz von ausfallendem Unterricht zu erhöhen.

### **SCHULENT- WICKLUNG MIT QUALITÄT**

### **MEHR KINDER MIT BEHINDERUNGEN IN DER REGELSCHULE**

- Schulen müssen für Kinder überschaubar bleiben, deshalb soll mittelfristig keine Schule mit mehr als vier Zügen arbeiten.
  - Wir wollen mehr Gymnasien, die den musischen Bereich, die alten Sprachen, aber auch die Naturwissenschaften in ihr Schulprofil aufnehmen, da hier bisher nicht alle Bedürfnisse erfüllt werden können.
  - Wir wollen an den Berufskollegs Profile, Ausbildungsgänge und -angebote verbessern.
  - Bei den Berufskollegs muss die Stadt Düsseldorf sich der Konkurrenz der umliegenden Kreise stellen, die zum Teil erheblich mehr finanzielle Mittel in ihre Kollegs investieren.
  - Wir Grüne wollen sowohl den Neubau des Albrecht-Dürer-Kollegs als auch die Umbauten der anderen Berufskollegs.
- 
- Wir wollen den Anteil der Kinder mit Behinderungen im Regelschulsystem erhöhen. Dafür müssen Schulen überzeugt werden, integrativen Unterricht anzubieten. Wir wollen eine Offensive mit Informations- und Werbeveranstaltungen in der Stadt Düsseldorf starten. Unterstützung und Beratung der Schulen sollen hierbei Vorrang haben.
  - Pädagogische Fachkräfte sollen in ihrer Ausbildung und Weiterbildung auf eine integrative Förderung von Kindern vorbereitet werden.
  - Wir unterstützen alle Maßnahmen, die die personellen und räumlichen Bedingungen für verschiedene behinderungsspezifische Erfordernisse verbessern.
  - Wir setzen uns dafür ein, dass Kindertageseinrichtungen und Schulen den verschiedenen Behinderungsarten gemäß um- und ausgebaut werden.

- Wir wollen für den Anfang in jedem Stadtbezirk mindestens eine barrierefrei umgebaute Grundschule.
- Wir achten darauf, dass bei allen Um- oder Neubauten Landesverordnungen zur Barrierefreiheit auch umgesetzt werden.
- Wir wollen in den Stadtteilen die Entstehung von Netzwerken für bessere Bildungschancen fördern, an denen sich alle beteiligen, die für und mit Kindern aktiv sind.
- Wir halten es für sinnvoll, dass sich solche Netzwerke um die Schulstandorte bilden, sich in den Stadtbezirken weiter entwickeln und in der Gesamtstadt gebündelt werden.
- Als wichtigen Schritt auf dem Weg dorthin betrachten wir die Schaffung einer städtischen Bildungskonferenz, in der alle Organisationen vertreten sind, die sich mit vorschulischer, schulischer, außerschulischer und beruflicher Bildung befassen. Das würde zur Optimierung der jeweiligen Übergänge von einer Bildungseinrichtung zur anderen beitragen.
- Die durch Bildungsnetzwerke und –konferenzen erkannten Probleme und vorgeschlagenen Maßnahmen müssen zügig umgesetzt werden.
- Kommunen dürfen sich nicht nur auf das Erstellen von Raumprognosen beschränken, sondern müssen eine bedeutende Rolle in der Qualitätsentwicklung ihrer Bildungslandschaft einfordern. Wir Grünen unterstützen die Stadt Düsseldorf in ihrer Forderung, kommunale Kompetenzen in der Schulpolitik auszuweiten.
- Der größte Teil der Aufsicht über die inneren Angelegenheiten der Schulen sollte auf die

**NETZWERKE FÜR  
BESSERE  
BILDUNGSCHANCEN**

**MEHR ENTSCHEIDUNGSKOMPETENZEN  
FÜR DIE STADT**

## **BERUFLICHE PERSPEKTIVEN VERBESSERN**

Stadt übertragen werden. Dem Land muss es genügen, die fachlichen Standards zu setzen und diese zu überprüfen.

- Wir Grüne wollen für jedes Kind einen Bildungsabschluss und für jeden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz.
- Wir wollen, dass jeder Jugendliche die Schule mit einer konkreten beruflichen Perspektive verlässt. Wir wollen dafür sorgen, dass alle denkbaren Informationen bereitgestellt werden, damit sich die Schülerinnen und Schüler auf die nachschulische Berufsphase vorbereiten und einstellen können. Dazu müssen die Angebote der Arbeitsagentur wesentlich verbessert werden.
- Die Stadt Düsseldorf gibt mit ihrer Fachstelle „JugendKulturBeruf“ ein gutes Beispiel. Diese Fachstelle muss personell besser ausgestattet und zu einem echten Kompetenzzentrum ausgebaut werden. Dann können alle jugendlichen SchülerInnen die gewünschten Berufsfelder zunächst kennen lernen oder an weniger bekannte Berufe herangeführt werden. Das kann durch Praktika begleitet und schließlich bei der Vermittlung von Ausbildungsstellen unterstützt werden.
- In den Schulen muss der Wert von Berufsfindung und Berufsvorbereitung erkannt werden. Die so genannten Berufs und StudienKoordinatorInnen müssen eingebunden sein in die städtisch organisierte Fachstelle.

## **KINDER UND JUGENDLICHE BRAUCHEN UNTERSTÜTZUNG**

- Wir unterstützen die Beteiligung Düsseldorfs am Audit des Landes NRW „Familiengerechte Stadt“ mit dem Ziel, die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern als festen Bestandteil in allen Politikfeldern zu verankern.

- Die Angebote der Jugendeinrichtungen sollten kultur- und geschlechtssensibel ausgerichtet sein.
- Eigene Räume nur für Mädchen wie der Mädchentreff „Klicke“ von „Pro Mädchen – Mädchenhaus Düsseldorf“ haben sich bewährt und sollen weiter ausgebaut werden.
- Um die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in allen Politikfeldern zu verankern, müssen sich vor allem die städtischen Ämter für die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen öffnen.
- Kinder und Jugendliche in Not brauchen umfassende und verlässliche Hilfe und Unterstützung von Seiten der Stadt.
- Das städtische Präventionsprojekt „Zukunft für Kinder“ muss flächendeckend ausgebaut und um weitere Bausteine ergänzt werden.
- Gewaltpräventive Angebote und Angebote im Kinder und Jugendschutz, z. B. Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, müssen weiterentwickelt und ausgeweitet werden.
- Für Mädchen und junge Frauen, die z.B. von Zwangsheirat bedroht oder betroffen sind, brauchen wir in Düsseldorf spezialisierte Beratung und eigene Unterbringungsmöglichkeiten.
- Wir unterstützen die Einrichtung eines schwullesbischen Jugendtreffs in Düsseldorf.
- Gerade an Schulen ist der Einsatz gegen Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit eine wichtige Aufgabe. Wir unterstützen deshalb die Arbeit der Schulaufklärungsgruppe „SchLAu“ und der Aktion „Schule ohne Homophobie“

## GEWALT VORBEUGEN

A photograph of two women standing in front of a wall covered in colorful, irregular paper scraps. The woman on the left is older, with short white hair and glasses, wearing a blue shirt and light pink pants. The woman on the right is younger, with long dark hair, wearing a white shirt and blue jeans. They are both smiling and holding a large cardboard sign. The sign has the text 'Wir planen' written in black cursive at the top. Below it, the word 'BUNT' is written in large, colorful, stylized letters. Each letter of 'BUNT' is filled with a different vibrant pattern: 'B' has small flowers, 'U' has a paisley pattern, 'N' has a rainbow gradient, and 'T' has a floral pattern. The background wall is a mosaic of many small, multi-colored paper pieces in shades of blue, green, yellow, and pink.

Wir planen  
BUNT

# ZEIT FÜR GRÜNE MOBILITÄT UND STADTPLANUNG

Grüne wollen eine Stadt, in der die Menschen gerne leben, sich mit ihrem Quartier identifizieren und sich deshalb dafür auch engagieren. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sind Fachleute für ihre Belange in der Stadtentwicklung und Verkehrspolitik. Grüne stehen für eine Ausweitung und neue Formen der Bürgerbeteiligung und dabei auch für eine aktive Einbeziehung von MigrantInnen und Kindern und Jugendlichen.

**MEHR ENGAGIERTE  
BÜRGERINNEN**

Grüne wollen den sozialen Zusammenhalt der Stadt stärken und einem Auseinanderdriften von armen und reichen Stadtteilen entgegenwirken durch ein Quartiersmanagement, das bürgerschaftliches Engagement vor Ort weckt und stützt, das vorhandene Potentiale ausbaut und benachteiligende Strukturen abbaut.

**SOZIALEN  
ZUSAMMENHALT  
STÄRKEN**

Grüne wollen eine soziale Durchmischung und eine bunte Mischung an Wohnangeboten in der Stadt. Wir wollen ein ausreichendes Angebot an preiswertem Wohnraum gewährleisten und machen uns stark für innovative Wohnformen, für Mehrgenerationenwohnen und Niedrigenergiehäuser.

**DIE SOZIALE  
DURCHMISCHUNG  
FÖRDERN**

Grüne setzen auf die Vielfalt der Düsseldorfer Stadtteile mit je eigenem Charakter. Diesen gilt es zu erhalten. Wir setzen auf eine Stärkung der Stadtteilzentren durch eine bessere Vernetzung und wollen in den Stadtteilen, in denen es noch keine gibt, weitere anregen.

**VERBESSERUNG DER  
AUFENTHALTS-  
QUALITÄT**

**MASSNAHMEN  
GEGEN DEN  
KLIMAWANDEL  
EINPLANEN**

Fast alle Stadtteilzentren bedürfen einer Verbesserung in der Aufenthaltsqualität durch breitere Gehwege, mehr Fahrradständer, bessere Querungsmöglichkeiten und mehr Grün. Wir wollen kreatives Potential in den Stadtteilen freisetzen helfen und stützen und Kultur gerade in den Stadtteilen fördern.

Grüne wollen die Herausforderung des Klimawandels auch in der Planungs- und Verkehrspolitik annehmen: durch planerische Festsetzungen für eine regenerative Energieversorgung, für den Schutz von Natur und Frischluftschneisen vor Bebauung, für Flächen sparende Siedlungs- und eine schadstoffärmere und energiesparende Verkehrsentwicklung. Eine zukunftsfähige Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik muss für uns nicht nur die gesundheitlichen Gefahren durch Lärm und Luftverschmutzung vermindern, sondern aktiv gesundheitsfördernd ausgerichtet sein.

**PRIORITÄTEN  
BEI DER  
VERKEHRSPANUNG  
ÄNDERN**

Grüne setzen bei der Mobilität auf den Umweltverbund von Fuß, Rad und Öffentlichem Nahverkehr. Das ist gesünder, umweltfreundlicher, platzsparender und volkswirtschaftlich sinnvoller. Wir wollen die Nahmobilität stärken durch bessere Geh- und Radwege und eine wohnortnahe Versorgung beim Einzelhandel und bei Dienstleistungen. Unnötigen Verkehr wollen wir vermeiden, nötigen Verkehr intelligent steuern durch moderne Verkehrslenkungssysteme und Mobilitätsmanagement. Wir setzen auf den Ausbau von CarSharing und einen komfortableren und optimierten Öffentlichen Nahverkehr. Mobilität ist für uns Grüne soziale Teilhabe. Deshalb setzen wir uns ein für einen bezahlbaren Nahverkehr und barrierefreie Zugänge.

**MOBILITÄT IST  
SOZIALE  
TEILHABE**

## WAS LÄUFT FALSCH IN DÜSSELDORF?

In den vergangenen Jahren wurden wichtige Weichen für die weitere Stadtentwicklung gestellt. Große Investitionsvorhaben wie die Bilker Arcaden, die Wehrhahnlinie oder der KöBogen wurden auf den Weg gebracht, grundlegende Papiere wie der Verkehrsentwicklungsplan oder das Stadtentwicklungskonzept erarbeitet.

Dabei wurden wichtige Bedenken beiseite gewischt und Zukunftsfragen ausgeblendet. So ist die Wehrhahnlinie schon heute doppelt so teuer wie geplant, einen Reisezeitgewinn wird es nach Fertigstellung für die Fahrgäste nicht geben. Bei den Arcaden wurden die Proteste der BürgerInnen und des Einzelhandels ignoriert und die eigentlich geplante und dringend notwendige Floraparkerweiterung fast ganz geopfert. Beim Kö-Bogen wird der Denkmalschutz des Hofgartens ebenso verletzt wie bei der Viktoriaerweiterung am Golzheimer Friedhof. Statt einer ernst genommenen Bürgerbeteiligung in der Planung werden Kritiker diffamiert oder Ersatzveranstaltungen wie der berüchtigte Fassadenwettbewerb KöBogen abgehalten, die vorgaukeln, den Forderungen der Kritiker nachgekommen zu sein.

Beim Verkehrsentwicklungsplan zeigt sich die autofixierte Haltung von Ratsmehrheit und Stadtverwaltung: mehr an Autos, mehr an Straßen, mehr an Parkplätzen. Ein umfangreiches Straßenneubauprogramm in Heerdt, Derendorf, Gerresheim usw. erinnert an Konzepte der sechziger Jahre. Selbst illegales Parken wurde jüngst in großem Stil legalisiert, wobei es in einigen Stadtteilen zu Folgeproblemen kam.

**WEICHEN WURDEN  
FALSCH GESTELLT**

**WICHTIGE  
BEDENKEN  
WERDEN IGNORIERT**

**BÜRGER-  
BETEILIGUNG  
UNERWÜNSCHT**

**HÖCHSTE  
PRIORITÄT  
HAT DER  
AUTOVERKEHR**

## **PREISE FÜR ÖPNV SIND MASSIV GESTIEGEN**

Die Parkgebühren sind heute um die Hälfte billiger als vor zehn Jahren, der Öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) ist dafür um über 35% teurer geworden. Mindestbreiten für Gehwege und Qualitätsstandards für Radwege werden ständig unterschritten, Bus und Bahnspuren wieder abgeschafft.

## **VERTAGUNG DES BARRIEREFREIEN UMBAUS DER HALTESTELLEN**

Gute Ansätze wie Pläne für Radverkehrsbezirksnetze oder die barrierefreie Umrüstung von Haltestellen scheitern in der konkreten Umsetzung an politischem Widerstand seitens der Ratsmehrheit und völlig unzureichender Finanzierung.

## **UMWELT UND NATURSCHUTZ SPIELEN KEINE ROLLE**

Umwelt und Naturschutz spielten in der Planungs- und Verkehrspolitik der letzten Jahre eine untergeordnete Rolle. Wichtige Frischluftschneisen werden mit Rampen für Schnellstraßen blockiert wie die Gerresheimer Düsselaue bei der Planung der L404n. Immer wieder wurden Bauvorhaben im Freiraumbereich teilweise im Landschaftsschutzgebiet genehmigt, vor allem in Angermund und Kaiserswerth.

## **MANGEL AN ÖFFENTLICH GEFÖRDERTEM WOHNUNGSBAU**

In der Wohnungsbaupolitik gab es völligen Stillstand seitens der Stadt. Auf den Verkauf der landeseigenen Wohnungen der LEG an private Investoren wurde ebenso wenig reagiert wie auf das massenhafte Auslaufen der Sozialbindung bei einem erheblichen Teil des Wohnungsbestandes. Die Folge ist ein von Fachleuten beklagter Mangel an öffentlich geförderten Wohnungen, der in den nächsten Jahren zu deutlichen Preissteigerungen in allen Segmenten des Wohnungsmarktes führen wird. Die Weichen wurden falsch gestellt. So droht der Stadt in einigen Jahren der Stillstand.

## WAS WOLLEN WIR ÄNDERN?

Wir brauchen für Düsseldorf ein Stadtentwicklungskonzept im Dialog mit den BürgerInnen, das den Platz neu aufteilt und den Menschen mehr Raum gibt unter Beachtung der Aspekte demografischer Wandel, Integration, Kinderfreundlichkeit und Seniorengerechtigkeit, Gesundheit, Kultur, Wohnen, Klima und Umwelt, Wirtschaft und Arbeit.

- Moderationsverfahren - von uns mit ange-regt - wie in der Kölner Straße in Oberbilk oder in der Lorettostraße in Unterbilk haben gemeinsam mit EinzelhändlerInnen und An-wohnerInnen gute Lösungen gebracht. Das brauchen wir auch für andere Zentren wie Pempelforter Straße oder Rethelstraße.
- Der Kultur in den Stadtteilen werden wir mehr Raum geben, zum Beispiel durch eine Ausweitung des Programms „Platz da!“.
- Die kreativen „HotSpots“ wie z.B. die Acker-straße in Flingern wollen wir stützen und si-chern. Sie sind der Sauerteig für die kulturelle Zukunft der Stadt und ihrer Quartiere halten die Stadt in Bewegung. Das hat für uns Vor-rang vor einer Eventkultur mit Skiweltcup oder Tourenwagenmeisterschaften in der City.
- Wir fordern eine bessere Zusammenarbeit von Kultur-, Planungs- und Liegenschaftsver-waltung zur Erhaltung und Schaffung weite-erer Möglichkeiten der Kreativwirtschaft ein.
- In der Innenstadt setzen wir auf das beson-dere Profil der verschiedenen Ecken. Die Alt-stadt muss weg vom Ballermann-Image und dessen Auswirkungen. Eine Marketingkam-pagne von Stadt und Altstadtgemeinschaft soll einen Imagewechsel herbeiführen, ver-stärkt die kulturellen Angebote der Altstadt

**ZUKÜNFTSFÄHIGES  
STADTENTWICK-  
LUNGSKONZEPT  
MIT DEN  
BÜRGERINNEN**

**MEHR RAUM FÜR  
KULTUR IN DEN  
QUARTIEREN**

**KULTUR STATT  
BALLERMANN**

herausstellen und dabei sowohl die etablierte wie die junge Kultur im Blick haben.

### **PRÄVENTION STATT VIDEOÜBERWACHUNG**

- Auch in der Altstadt gilt: Der öffentliche Raum muss öffentlich bleiben. Eine Videoüberwachung ist nur in Ausnahmefällen und mit strengen Auflagen zu rechtfertigen.
- Ein Alkoholverbot auf den Plätzen ist für uns kein geeignetes Mittel, um Auswüchsen zu begegnen. Hier setzen wir auf gute Präventionsmaßnahmen und eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen städtischem Ordnungs- und Servicedienst (OSD), der Polizei und dem Jugendamt.

### **VORHANDENEN EINZELHANDEL STÄRKEN STATT NEUER ARCADEN**

- Wir setzen auf Stärkung des vorhandenen Einzelhandels statt neuer Zentren und Arkaden mit ihrer künstlichen Einkaufswelt. Die Flingerstraße in der Altstadt mit junger Mode, die Königsallee mit exklusivem Shopping und die umsatzstarke Schadowstraße sind der Dreiklang des Einzelhandels in der City.
- Hier wollen wir die Aufenthaltsqualität verbessern durch bessere fußläufige Verbindung zwischen Flingerstraße, Königsallee und Schadowstraße und die Einrichtung einer Fußgängerzone Schadowstraße.

### **MEDIENHAFEN BUNT UND LEBENDIG**

- Der Medienhafen hat sich zu einem Highlight in Düsseldorf entwickelt. Wir treten dafür ein, dass dort nicht nur „SchickiMicki“ zu Hause ist, sondern wollen mehr Veranstaltungsvielfalt im Medienhafen schaffen. Zum Beispiel sollen der Fischmarkt oder Monkey's Island wieder Platz finden.
- Wir wollen, dass am Rhein wieder eine Strandbar eröffnet werden kann. An der Spitze der Speditionstraße ist eine solche Strandbar jah-

relang mit großem Erfolg betrieben worden, bis sie neuen Hochhausbauten weichen mussten. Das hat die Aufenthaltsqualität im Medienhafen sehr eingeschränkt.

- Eine Ergänzung um Wohnnutzung werden wir ermöglichen, aber ohne den Wirtschafts und Logistikhafen zu gefährden. Konkrete Planungsvorschläge haben wir vorgelegt.

- In Düsseldorf gibt es eine Reihe von Quartieren, die von der guten Entwicklung der letzten Jahre abgehängt wurden. Dort sind die sozialen Kenndaten wie Langzeitarbeitslosigkeit oder Bildungsverlauf und gesundheitlicher Zustand der Bevölkerung deutlich schlechter als im Durchschnitt der Stadt. Wir werden durch ein Quartiersmanagement solchen Entwicklungen entgegenreten.

- Das von den Grünen auf den Weg gebrachte Programm „Soziale Stadt“ hat in den letzten Jahren in Flingern/Oberbilk gezeigt, wie durch eine vernetzte Arbeit von Planungs- und Sozialpolitik, durch ein Bürgerbüro und eine Stärkung des Engagements der Menschen vor Ort ein Umsteuern möglich ist. Die Erfahrungen daraus werden wir für weitere Quartiere wie Hassels, Rath oder WerstenSüdost nutzen.

- Ergänzen werden wir es um die Aspekte „Gesundheitsförderung im Wohnumfeld“. Denn gerade in diesen Quartieren sind Lärm und Luftverschmutzung stärker und es werden Menschen aus solchen Quartieren von Präventionsprogrammen schlechter erreicht. So werden wir die Mitgliedschaft Düsseldorfs im „Netzwerk Gesunde Stadt“ endlich mit Leben füllen.

**WOHNNUTZUNG  
ERMÖGLICHEN  
OHNE DEN  
WIRTSCHAFTS- UND  
LOGISTIKHAFFEN ZU  
GEFÄHRDEN**

**FÜR BENACH-  
TEILIGTE  
STADTEILE EIN  
QUARTIERS-  
MANAGEMENT**

**GESUNDHEITS-  
FÖRDERUNG IM  
WOHNUMFELD**

## FRISCHLUFT- SCHNEISEN FREIHALTEN

- Wir werden die Planungs- und Verkehrspolitik an den Erfordernissen eines gesundheitsbezogenen Umweltschutzes und der Klimafreundlichkeit ausrichten. Dazu gehört die konsequente Freihaltung der Frischluftschneisen und der Kaltluftentstehungszonen.
- Hierzu werden wir den in die Jahre gekommenen Klimaatlas der Stadt aktualisieren und daraus bindende Vorgaben mit Tabuzonen für Bebauung entwickeln.

## GRÜN-DEFIZITE BEHEBEN

- Die Versorgung der Stadtteile mit Grünflächen ist in Düsseldorf sehr unterschiedlich. Wir werden in den Stadtteilen mit chronischer Unterversorgung wie Friedrichstadt oder Flingern Programme zur Schaffung von wohnortnahen Grünflächen auflegen.
- Daneben werden wir auch Programme zur Begrünung auf Fassaden-, Hof- und Dachflächenbegrünung für alle Stadtteile ausweiten.

## FLÄCHENVER- BRAUCH STOPPEN

- Wir Grünen erteilen einer Bebauung in geschützten Freiflächen eine Absage. Natur und Landschaftsschutz sind für uns nicht Investitionshindernisse für Investoren sondern schützenswerte Güter, die unsere Stadt lebenswert machen.
- Wir wollen den Flächenverbrauch verringern und werden dazu einen Flächenpool einrichten, der einer Neunutzung vorhandener Flächen den Vorrang gibt vor weiterer Versiegelung.
- Wir werden den Artenschutz bei der Bauleitplanung stärker berücksichtigen und auf eine Biotopvernetzende Anlage von Freiflächen achten. Für Grüne ist das keine Nebensächlichkeit, denn die Stadt ist auch Lebensraum für Tiere.

- Wir werden Bebauungen, die den Denkmalschutz verletzen, eine Absage erteilen. Düsseldorf als Gartenstadt hat bedeutende Parkanlagen, die zu Recht unter Denkmalschutz stehen. Wir werden diesem Schutz wieder die notwendige Bedeutung zuweisen und eine Bebauung wie am Golzheimer Friedhof nicht zulassen, die schon durch Baumasse das benachbarte Denkmal erdrückt.

**DENKMALSCHUTZ ERNST NEHMEN**
- In anderen Bereichen wollen wir dem Denkmalschutz stärken, damit Fehlentwicklungen wie beim Bankenviertel sich nicht wiederholen. Wir brauchen eine neue breitgestützte Diskussion über Baukultur. Dafür werden wir einen Gestaltungsbeirat, der die Politik fachlich berät, und ein Forum für Baukultur einrichten. Dieses ist gerade in einer Stadt wie Düsseldorf überfällig, in der so viele ArchitektInnen arbeiten wie sonst kaum in Deutschland.

**INNOVATIVE UND KREATIVE BAUKULTUR FÖRDERN**
- Auch denkmalgeschützte Gebäude müssen energetisch saniert werden. Hier sind innovative und den Gebäuden angemessene Lösungen gefragt. Wir wollen, dass die Stadt bei eigenen denkmalgeschützten Gebäuden zeigt, wie klimapolitisch Notwendiges und dem historischästhetischen Wert Angemessenes verbunden werden kann.

**DIREKTE PLANUNGSBETEILIGUNG DER BÜRGERINNEN**
- Neben der fachlichen Beratung und Diskussion werden wir für eine deutlich stärkere Bürgerbeteiligung bei Planungs- und Verkehrsprojekten sorgen: über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus durch spezielle Ansprache der direkt Betroffenen im Umfeld einer Maßnahme sowie durch interaktive Webpräsenz. Die Einbeziehung von SeniorInnen, MigrantInnen und Kindern und Jugendlichen erfordert spezielle Aufmerksamkeit. Hier werden wir mit Pilotprojekten neue Formen ausprobieren.

**INNOVATIVES  
WOHNEN  
– ÖFFENTLICH  
GEFÖRDERT**

- Initiativen von BürgerInnen zur Verbesserung ihres Umfeldes wollen wir besser gewürdigt wissen und sie über die Bezirksvertretungen hierzu ermutigen.
- Das gleiche gilt für Initiativen für Wohnprojekte. Hier werden wir für notwendige Unterstützung bei der Entwicklung von Projekten und der Vermittlung von Fördermöglichkeiten sorgen. Die städtische Wohnungsgesellschaft wird eine aktive Rolle für sozialökologische Projekte in Düsseldorf bekommen und die Planungs- und Liegenschaftsverwaltung offener werden für innovative Wohnungsbauprojekte wie z.B. Mehrgenerationenwohnen.
- Mit einem Wohnungsbauprogramm für 2000 Wohnungen jährlich wollen wir den Wohnungsbau in Düsseldorf forcieren und dabei besonderen Wert auf einen Mindestanteil von 30% öffentlich geförderten Wohnungsbau achten. Dies soll sowohl durch eine aktive Rolle der Stadt und ihrer Wohnungsbaugesellschaft geschehen wie durch eine Verpflichtung privater Investoren, wie dies seit Jahren erfolgreich in München praktiziert wird.

**BARRIEREFREIE  
GESTALTUNG  
VON STRASSEN,  
PLÄTZEN,  
HALTESTELLEN**

- Beim Wohnumfeld achten wir auf barrierefreie Wege und Querungen. Sie sind insbesondere angesichts des demografischen Wandels immer stärker von Bedeutung. In Zusammenarbeit mit dem Runden Tisch der Behindertenverbände sind Kriterien für eine barrierefreie Gestaltung des Straßenraums erarbeitet worden. Mit einem Programm zum barrierefreien Umbau wichtiger Plätze und Haltestellen soll eine transparente und zügige Umsetzung Erfolg. So wollen wir in 10 Jahren 1000 Bussteigenden barrierefrei umbauen.

- Wir wollen, dass die Mobilität für alle erschwinglich sein soll. Wir setzen uns ein für einen preiswerten öffentlichen Nahverkehr insgesamt und werden für die BezieherInnen von Sozialleistungen bzw. niedriger Einkommen – soweit sie Düsselpass berechtigt sind – das Monatsticket für Düsseldorf verbilligt anbieten: 15 Euro für ein Ticket A, 10 Euro für „Ticket A ab 9 Uhr“.

**SOZIALTICKET FÜR  
DÜSSELPASS-  
INHABERINNEN**
- Den Fußverkehr stärken wir durch das straßenräumliche Handlungskonzept in den Stadtteilzentren, die Durchsetzung von Mindestbreiten und durch ein Programm zur Freihaltung von Gehwegen.

■ Wir wollen eine Verbesserung der Querungen durch eine Absenkung und das Vorziehen von Bordkanten, was auch die Verkehrssicherheit erhöht.

■ Mit einer Entflechtung von Rad- und Gehwegen sollen dauernde Konflikte entschärft und für mehr Sicherheit gesorgt werden.

**UNSERE GEHWEGE  
SICHERN**
- Düsseldorf hat enorme ungenutzte Potenziale für den Radverkehr. Die werden wir mit einem breiten Masterplan nutzen und das Rad zu einem Rückgrat der Nahmobilität bis 5 km machen. Hierzu gehören u.a. folgende Bestandteile: Umsetzung der Radverkehrsbezirksnetze innerhalb der nächsten sechs Jahre, Festlegung von Mindeststandards bei der Anlage von Radwegen und Überwegen, konsequentes Freihalten von Radwegen (Parken, Container), Entflechtung von Rad/Gehwegen im städtischen Bereich und eine Ausschilderung der Radrouten gerade für alltägliche Verkehre.

**DER MASTERPLAN  
RADVERKEHR**

### **FAHRRADPARK- MÖGLICHKEITEN SCHAFFEN**

### **INTELLIGENTES MOBILITÄTSMANAGEMENT UND CAR-SHARING**

### **ATTRAKTIVER ÖPNV IM ABEND UND NACHTVERKEHR**

- Dem gekennzeichneten Radstreifen auf der Straße werden wir möglichst oft Vorrang vor dem Radweg neben bzw. auf dem Gehweg geben.
- Für das Parken der Fahrräder ist sowohl ein Programm für Fahrradständer und Fahrradboxen an Einkaufsstraßen, öffentlichen Einrichtungen und wichtigen Haltestellen notwendig, wie auch ein Programm zur Verbesserung der Situation in den Wohngebieten. Hier werden wir die Idee der Dortmunder Fahrradparkhäuser in Düsseldorf einführen.
- Bei Bebauungsplänen werden wir sicherstellen, dass Fahrradabstellanlagen bei Wohn, Büro, Gewerbe und Einkaufsbauten berücksichtigt werden.
- Die Ausweitung der Fahrradmietsysteme wie eine Ausweitung von CarSharing soll mehr Menschen ermöglichen, angepasst mobil zu sein.
- Mobil bleiben soll nicht heißen, ein Auto besitzen zu müssen. Deshalb setzen wir auf intelligente Systeme und auf ein breites Mobilitätsmanagement. Denn wir brauchen nicht neue Straßen sondern neue Wege.
- Das Netz des öffentlichen Nahverkehrs ist in Düsseldorf relativ gut, die Rheinbahn hat einen vergleichsweise guten Service und arbeitet effizienter als andere Verkehrsunternehmen. Wir werden dafür sorgen, dass dieser Vorsprung nicht nur relativ bleibt, sondern auch für die KundInnen eine Verbesserung spürbar wird: durch dichtere Verkehre in den Abendstunden und einen Ausbau des Nachtverkehrs an den Werktagen.

- Dafür wollen wir die Rheinbahn im städtischen Besitz halten. Ein Ausverkauf dieser öffentlichen Daseinsvorsorge kommt für uns nicht in Frage.
- Die KundInnen brauchen qualifiziertes und motiviertes Fahrpersonal und dieses erwartet eine gerechte Entlohnung. Lohndumping geht auf Kosten von Service und Sicherheit.
- In einem Verkehrsvertrag der Stadt mit der Rheinbahn sind die Leistungen endlich klar zu regeln und Qualitätskriterien für den Nahverkehr in Düsseldorf festzulegen.
- Wir schaffen mehr Komfort und Sicherheit durch FahrzeugbegleiterInnen in Stadt und Straßenbahnen. Ergänzend zum Programm der Zukunftswerkstatt Düsseldorf werden reguläre Arbeitsplätze geschaffen. Menschen, die Fragen beantworten können und helfen, statt Fahrscheinautomaten, vor denen man hilflos steht.
- Beim Ausbau des Netzes hat für uns eine bessere Anbindung der Universität durch die Verlängerung der U79 Priorität. Diese von uns angeregte Verbindung ist auch nach 10 Jahren trotz geringer Kosten nicht verwirklicht. Wir machen endlich Dampf.
- Genauso fördern wir die Verbindung von Neuss über Seestern, Messe, Flughafen, Flughafenbahnhof nach Ratingen, der alleine durch den Gewerbeausbau am Flughafen zwingend erforderlich ist. Die U81 wird einen deutlichen Anreiz zum Umstieg vom Auto auf eine attraktive Nahverkehrsverbindung bringen.
- Die Pendlerströme werden wir verstärkt auf die Öffentlichen Verkehre lenken. Hierzu gehört die Entwicklung eines regionalen Verkehrsprogramms mit den umliegenden Kommunen, in dem die Einrichtung von Park &

### **RHEINBAHN BLEIBT MIT UNS STÄDTISCH**

### **FAHRBEGLEITERIN- NEN IN STADT- UND STRASSENBAHNEN**

### **VERBESSERTER STADTBAHN- VERBINDUNGEN SCHAFFEN**

### **PENDLERVERKEHRE VOM AUTO AUF BUS UND BAHN LENKEN**

## **GÜTERVERKEHR UMWELT- FREUNDLICH ABWICKELN**

- RideParkplätzen im Umland, die Einrichtung neuer Städteschnellbusse, die Umstellung der Grevenbroicher Regionalbahn auf SBahnStandard gemäß VRR und die überfällige Verlängerung der RB37 von Duisburg über Ratingen nach Düsseldorf enthalten sind.
- Wir werden im Verkehrsverbund RheinRuhr darauf drängen, dass am neu einzurichtenden Regionalhalt Bilk auch die Regionalexpressen halten werden und der Regionalexpressanschluss des Bahnhofs Benrath erhalten bleibt, um direkte Umstiege zu ermöglichen und Reisezeiten zu verkürzen.

## **LÄRMSCHUTZ BEI ALLEN VERKEHRSTRÄGERN**

- Im Güterverkehr setzen wir auf Vermeidung unnötiger Verkehre zum Beispiel durch gemeinsame Lieferfahrten per CityLogistik und durch die Schaffung eines Autohofs Nord.
- Die umweltfreundlichen Güterverkehre per Schiff und Bahn wollen wir stärken, den Containerumschlag am Hafen durch Platzreserven sichern.
- Gleichzeitig setzen wir uns ein für schärfere Umweltauflagen für Schiffsmotoren zum Schutz der Bevölkerung und für einen besseren baulichen Lärmschutz an den Haupteisenbahnrouten in Eller und Angermund.
- Wir setzen uns für eine strikte Einhaltung des bestehenden Nachtflugverbots am Flughafen Düsseldorf ein.
- An den wohnortnahen Autobahnabschnitten der A 46 und A 59 plädieren wir für eine überwachte Geschwindigkeitsbeschränkung auf 80 km/h.
- Wir werden in Zukunft auf allen Straßen ausschließlich Flüsterasphalt aufbringen.
- Den Lärm von Straßenbahnen werden wir durch verstärkte Anlage von Rasengeleisen mindern.

- LKW-Durchgangsverkehre gehören für uns um Düsseldorf herum geleitet. Das LKW-Routenkonzept werden wir deshalb überarbeiten.
- Für Wohnstraßen wie Cornelius oder Mero-wingerstraße brauchen wir neue Maßnahmen, ein Abwaschen des Feinstaubs reicht nicht aus. Eine Umweltzone, die schwer belastete Straßen wie die Dorotheenstraße außen vorlässt, greift zu kurz. Deshalb werden wir mittelfristig den Verkehr auf dem Lastring der B8 (Krupp-/Werdener-/Kettwiger-/Dorotheen-/Linde-mann-/Brehmstraße) halbieren. Dazu dienen Maßnahmen für die Umlenkung des Schwerlastverkehrs und der Pendlerströme.
- Darüber hinaus werden wir Umgehungsstraßen ermöglichen, sofern sie stadtverträglichen Ausbaustand haben und einen Rückbau hoch belasteter Straßen ermöglichen.
- Neue Schnellstraßen, die neue Probleme schaffen, die Natur zerstören und den lärmgeplagten Menschen nicht helfen, wie z.B. die Planungen zur L404n, lehnen wir weiter ab.
- Wir werden den Lastring wandeln zur Hauptschlagader der Bezirke 2 und 3 mit attraktiven Wohnlagen, pulsierenden Einkaufsmöglichkeiten und einer funktionierenden Radroute.
- Bei der Verkehrssicherheit setzen wir auf das in anderen Städten erfolgreich angewandte Konzept „Vision Zero“, also null Verkehrstote. Hierzu ist ein breit angelegtes Handeln mit baulichen und pädagogischen Maßnahmen erforderlich, das auch Erkenntnisse der Verkehrspsychologie beachtet. Dafür ist eine geschlechtersensible Auswertung der Verkehrsunfalldaten, wie von uns immer wieder eingefordert, nötig. Denn Männer sind doppelt so häufig Verursacher als Frauen – in allen Altersstufen. Deshalb werden wir auf geschlechtersensible Präventionsstrategien drängen.

**ANWOHNERINNEN  
AM LASTRING  
SPÜRBAR  
ENTLASTEN**

**GESCHLECHTER-  
SENSIBLE  
VERKEHRS-  
SICHEHEITS-  
STRATEGIE**

- Nach den erfolgreichen Versuchen in Niedersachsen und den Niederlanden zu schilderfreien Verkehrslösungen, die auf gegenseitige Achtung der VerkehrsteilnehmerInnen setzt, werden wir Orte für das Projekt „Shared Place“ in Düsseldorf prüfen lassen.

A man and a woman are smiling and holding a large cardboard sign. The man is wearing glasses and a blue striped shirt, and the woman is wearing an orange patterned top. They are standing next to a bicycle with a front basket. The background shows a white bus and green foliage.

Wir machen  
den Weg  
barriere- frei

## ZEIT FÜR SOZIALE VERANTWORTUNG

### **FÜR MEHR SOZIALE TEILHABE**

Grüne stehen für soziale Teilhabe und kämpfen gegen Armut und soziale Spaltung auf allen Ebenen. Bei uns arbeiten deshalb die Ressorts zusammen, damit wir in allen Bereichen des städtischen Lebens aktiv gegen Benachteiligungen angehen können. Wir wollen Chancengleichheit und das nicht nur auf dem Papier.

Auf die spezifischen Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund muss in allen Bereichen Rücksicht genommen werden. Deshalb wollen wir, dass in allen gesundheitlichen und sozialen Diensten mehr Menschen mit Migrationshintergrund und interkultureller Kompetenz beschäftigt werden.

### **BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE**

Wir Grünen setzen uns auch für bezahlbare Wohnungen ein, arbeiten an einer Wohnungspolitik für Alle, ob für Menschen mit Behinderungen oder für alte Menschen, für große und kleine Familien oder Singles. Wir bekämpfen Wohnungslosigkeit. Wir fördern Wohnprojekte. In ihnen verwirklichen sich Ideen für neue Formen der Beziehungen von Menschen im städtischen Lebensraum. Wenn Menschen sich zur Realisierung solcher Projekte zusammenschließen, dann wollen wir, dass sie unterstützt werden.

### **KOMMUNALE KONZEPTE GEGEN ARBEITS- LOSIGKEIT**

Wir bemühen uns sehr intensiv um Konzepte für Menschen, die langzeitarbeitslos sind. Arbeitslosigkeit wollen wir nicht hinnehmen. Auch hier wollen wir Teilhabe - Teilhabe am Arbeitsmarkt und an Ausbildungsplätzen für alle sozialen Schichten. Wir machen uns stark für eine Beteiligung der Kommune an der Beschäftigungs-

politik. Die Sicherung und Schaffung auskömmlicher sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze stehen für uns an erster Stelle. Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt unterstützen wir sehr. Es ist für uns aber kein Ersatz für einen vollwertigen Arbeitsplatz.

Grüne legen besonderen Wert darauf, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt gleichrangig Berücksichtigung finden. Deshalb engagieren wir uns für vielfältige Maßnahmen in diesem Bereich, besonders auch für mehr Kinderbetreuungsplätze.

**FRAUEN AUF DEM  
ARBEITSMARKT  
GLEICHRANGIG  
BERÜCKSICHTIGEN**

Wir Grüne stehen dafür, dass Mädchen und Frauen ihr Leben selbstbestimmt entwerfen und verwirklichen können. Dazu gehört selbstverständlich auch ein Leben ohne Gewalt. Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist eine Menschenrechtsverletzung, die geächtet werden muss. Wir kämpfen immer wieder für den Erhalt und Ausbau von Schutzräumen und Hilfemaßnahmen.

**FÜR EIN LEBEN OHNE  
GEWALT**

Wir setzen auf das Miteinander aller Generationen. Wir wollen, dass alle Generationen beteiligt werden, wenn es um die Gestaltung des eigenen Lebens und der Lebensräume geht. Das gilt genau so für alte und pflegebedürftige Menschen.

**MITEINANDER DER  
GENERATIONEN**

Wir kämpfen für die umfassende soziale Teilhabe der Menschen mit Behinderungen. Deshalb arbeiten wir mit allen Ressorts engagiert an Verbesserungen in allen Lebensbereichen. Die demokratische Beteiligung der Menschen mit Behinderungen an diesem Prozess ist uns besonders wichtig.

**TEILHABE VON  
MENSCHEN MIT  
BEHINDERUNGEN**

## **HILFE FÜR SUCHTUND DROGENKRANKE**

Grüne stehen für eine Gesundheits- und Suchtpolitik, bei der soziale Aspekte und besondere Problemlagen eine wesentliche Rolle spielen. Sucht, ob von legalen oder illegalen Substanzen, stoffgebunden (z.B. Alkoholsucht) oder stoffungebunden (z.B. Spielsucht), ist aus unserer Sicht auch ein gesellschaftliches Problem. Nicht die Substanz, sondern die Art und Weise des Umgangs des Menschen mit ihr, macht das Problem aus.

Sucht- und Drogenkranke brauchen ein ausreichendes Hilfeangebot, um wieder neu starten zu können oder aber auch Überlebenshilfe, damit sich der gesundheitliche Zustand nicht weiter verschlimmert. Dazu gehören auch entsprechende Wohnmöglichkeiten.

So auch auf der Charlottenstraße. Drogenabhängige Mädchen und junge Frauen, die dort im sogenannten Sperrbezirk verbotenerweise der Prostitution nachgehen, stehen so unter enormen Druck. Damit erhöht sich für sie die Gefahr von Übergriffen durch Freier, die diese Situation ausnutzen.

Auch in unserer Stadt leben Menschen ohne Papiere. Unter anderem sind es Einzelpersonen oder Familien, die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind und nach dem erfolglosen Versuch, in Deutschland einen festen Aufenthalt zu erlangen, in die Illegalität gegangen sind, um ihrer drohenden Abschiebung zu entgehen. Viele leben schon seit Jahren mit ihren Kindern in dieser ausweglosen Situation, in der sie keinen Anspruch auf finanzielle Hilfen oder ärztliche Versorgung haben.

## **SITUATION VON MENSCHEN OHNE PAPIERE UND FLÜCHTLINGE VERBESSERN**

Die seit vielen Jahren in unserer Stadt lebenden Flüchtlinge verfügen zu einem großen Teil immer noch über den unsicheren Status der Duldung. Die neue Bleiberechtsregelung kann für einige einen Übergang in einen gesicherten Aufenthalt bedeuten. Dazu braucht es eine qualifizierte Beratung und Unterstützung der Flüchtlinge. Wir wollen, dass die Ausländerbehörde die Flüchtlinge umfassend über ihre Rechte informiert.

Grüne engagieren sich für die Gesundheitsförderung im Wohnumfeld, in Kindergarten und Schule, am Arbeitsplatz sowie in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Wir setzen uns für einen Ausbau der palliativmedizinischen Versorgung und von Hospizdiensten ein.

**UMFASSENDE  
GESUNDHEITS-  
FÖRDERUNG**

Wir wollen gesunde Lebens- und Arbeitswelten und gesundheitsbezogene Gemeinschaftsaktionen unterstützen, Kompetenzen in diesem Bereich entwickeln helfen und die Gesundheitsdienste stärken. Prävention hat für uns in der Gesundheits- und Suchtpolitik einen hohen Stellenwert.

**PRÄVENTION IST  
OBERSTES GEBOT**

Die Menschen sollen ihr soziales Wohnumfeld selbst bestimmen und das Gefühl haben, dass sie aktiv etwas für ihr Wohlbefinden, die gemeinsame Zukunft, die Dienstleistungsangebote und das Erscheinungsbild ihrer Wohngegend tun können. Dies ist ein wichtiger Faktor für die Gesundheit der Menschen.



## WAS LÄUFT FALSCH IN DÜSSELDORF?

### ARMUT AUCH IM REICHEN DÜSSELDORF

Düsseldorf ist eine reiche Stadt. Und dennoch können immer mehr Menschen nicht so am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, wie sie es wollen. Armut beschreibt für ca. 70.000 Menschen in Düsseldorf die Lebenswirklichkeit; darunter sind viele Kinder.

### WOHNUNGSMARKT NICHT IM GLEICHGEWICHT

Düsseldorfs Wohnungsmarkt ist im Ungleichgewicht, an vielen Orten werden schlechte Wohnungen teuer vermietet. Die Dramatik des Rückgangs des Bestandes an öffentlich geförderten, preiswerten Wohnungen ist unverändert. Bis zum Jahr 2015 werden höchstwahrscheinlich 8.400 Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. Damit sind nicht einmal 6% der Düsseldorfer Wohnungen noch öffentlich gefördert (1987 waren es 27%). Diese Wohnungsbestände entfalten aber eine wichtige Preis dämpfende Wirkung auf dem gesamten Wohnungsmarkt. Außerdem werden in Düsseldorf zu wenige, dafür aber teure neue Wohnungen oder eben gleich teure Einfamilienhäuser gebaut.

### NICHT GENUG BEZAHLBARE WOHNUNGEN

So entsteht nicht der bezahlbare, barrierefreie, energetisch gedämmte Wohnraum mit flexiblen Grundrissen, der heutigen Ansprüchen gerecht würde. Deshalb ziehen viele ins Umland, und die Familien werden aus der Stadt getrieben. Sie kommen als PendlerInnen mit dem Auto jeden Tag aufs Neue in die Stadt zurück und machen somit das Wohnen in der Stadt lauter und stinkiger – erst recht in den billigen Wohnungen, die an viel befahrenen Straßen liegen.

Fehlende preiswerte Wohnungen, ein Zustand, auf den wir seit Jahren ohne wirkliche Resonanz seitens der Ratsmehrheit hinweisen, bedeuten

immer auch Obdachlosigkeit bzw. Verlängerung von Wohnungslosigkeit. Nach Angaben von Stadt und Wohlfahrtsverbänden leben in Düsseldorf noch immer ca. 150 - 200 Menschen auf der Straße und ca. 600 - 1000 Menschen in ungesicherten Wohnverhältnissen. Diese Zahl ändert sich seit Jahren nicht. Bisher gibt es nur wenige einzelne neue Wohnprojekte für Obdachlose, die zusätzlich an Suchtproblemen und psychischen Erkrankungen leiden. Was fehlt, ist ein perspektivisches Gesamtkonzept, auch im Bereich der Vorbeugung, in dem neue Konzepte fortgeschrieben und erweitert werden. Auch fehlt ein effektives Sanierungskonzept der städtischen Obdächer (Wohnungen der Stadt mit Nutzungsvereinbarung für Obdachlose). Der Zugang zu preiswertem Wohnraum wird kaum erleichtert. Die Hilfen, Wohnraum zu finden, reichen nicht aus. Die Zugänge selbst zu Wohnungsgesellschaften sind sehr schwierig geworden.

**KEIN GESAMT-KONZEPT  
HILFEN FÜR  
OBDACHLOSE**

Ursache von Armut ist in den meisten Fällen die Langzeitarbeitslosigkeit. Hier fehlen die entsprechenden alternativen Wirtschaftskonzepte bei der Entwicklung des Arbeitsmarktes. Das zeigt auch das von der Ratsmehrheit jüngst verabschiedete Stadtentwicklungskonzept. Auch die ARGE (Arbeitsgemeinschaft Agentur für Arbeit und Kommune) läuft immer noch nicht optimal. Die Politik ist nicht direkt an der Gestaltung beteiligt und hat nur äußerst geringe Möglichkeiten der Einflussnahme. Unser Ratsantrag, eine solche Beteiligung der Politik – wie in anderen Kommunen auch zu ermöglichen, wird von der CDU/FDPMehrheit leider definitiv abgelehnt. Die Arbeitsmarktpolitik in Düsseldorf ist weitgehend geschlechtsblind, weshalb die Arbeitslosenquote der Frauen auch nicht gesenkt werden

**KEINE KONZEPTE  
GEGEN  
ARBEITSLOSIGKEIT**

**WENIG ANGEBOTE  
SPEZIELL FÜR  
FRAUEN**

konnte. Frauenspezifische Angebote sind bei weitem nicht in ausreichendem Maß vorhanden.

Frauen und Mädchen werden nicht in der Vielfalt ihrer Lebenssituationen wahrgenommen. Unterstützt werden sie, wenn sie Opfer von Gewalt geworden sind. Das passiert allerdings eher halbherzig. Es wird keine spezialisierte Beratung für die Frauen und Mädchen finanziert, die von Gewalt, wie weibliche Genitalbeschneidung, Zwangsverheiratungen, Zwangsprostitution und Frauenhandel, Stalking und Ehrverbrechen, betroffen sind.

Das Tempo, mit dem die dringend notwendigen Maßnahmen für ältere Menschen in unserer Stadt in Angriff genommen werden, ist langsam. CDU und FDP haben zum Beispiel unsere Idee eines Modellstadtteils, in dem die Bedürfnisse alter Menschen besondere Berücksichtigung finden, rigoros abgelehnt. Das wenige, was getan wird, läuft nur, weil wir immer wieder Druck machen.

**MENSCHEN MIT  
BEHINDERUNGEN  
FINDEN  
KEIN GEHÖR**

Über 40.000 Menschen mit Behinderungen leben in Düsseldorf. Und jede/r kann letztlich schnell dazu gehören, z.B. durch einen Unfall. Es ist immer wieder schwierig, die Interessen der Menschen mit Behinderungen zeitnah durchzusetzen. Alle Beteiligungsgremien und -formen sind erst Jahre nach unserer ersten Einbringung eingerichtet worden. Auch heute noch muss ständig „nachgeholfen“ werden, damit Gremien wie der nun endlich gegründete Behindertenbeirat eine wirkliche Mitsprache erhalten und rechtzeitig Einfluss nehmen können. Auf Projekte von Investoren wird nur äußerst unzureichend

Einfluss genommen, wie der Bau der Bilker Arcaden gezeigt hat oder auch der für Behinderte nicht zugängliche so genannte LüpertzPavillon auf der Quadriennale.

Aus unterschiedlichen Gründen leben Menschen ohne Papiere in unserer Stadt. Das wird bislang fast gänzlich ausgeblendet. Und dementsprechend gibt es keinerlei Hilfskonzepte für diese Menschen. Die Flüchtlinge, die in Düsseldorf leben, erhalten nicht die Hilfen, die erforderlich sind, um ein menschenwürdiges Leben zu führen. Gerade in Härtefällen ist die Situation absolut unzureichend geregelt, so liegen die Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes ca. 30% unter denen der Sozialhilfe.

**MENSCHEN OHNE  
PAPIERE:  
KEIN THEMA  
IN DIESER STADT**

Die Fachdiskussion um die Suchtkrankenhilfe und damit um betroffene Menschen wird durch Moral und Parteipolitikinteressen dominiert. In Düsseldorf fehlt die solide, fachlich fundierte Suchthilfeplanung und deren Überprüfbarkeit. Spezielle Bereiche wie Sucht im Alter oder OnlineSucht werden immer noch nicht ernst genug genommen. Es gibt zu wenig Beratung und Behandlung für spielsüchtige oder alkoholranke Menschen, insbesondere für solche mit Migrationshintergrund. Das Angebot zur Vorbeugung (Prävention) ist vollkommen unzureichend. Die finanziellen Mittel für den notwendigen Ausbau der Präventionsangebote werden von der politischen Mehrheit nicht zur Verfügung gestellt. Hinzu kommt, dass die Übernachtungsmöglichkeiten für drogenranke Menschen schon lange nicht mehr ausreichen.

**UNZUREICHENDE  
SUCHTPRÄVENTION**

**ZU WENIG ANGEBOTE  
FÜR SCHWERST-  
ABHÄNGIGE**

Die niedrigschwellige medizinische Versorgung für Schwerstabhängige reicht ebenso wenig aus. Die Substitutionsbehandlung durch Methadon bei vielen niedergelassenen Ärzten ist mangelhaft. Es gibt nicht genug betreute Wohn- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Drogenkranke. Suchtkranke Menschen werden nach wie vor von Straßen und Plätzen vertrieben.

**WIRTSCHAFTLICHE  
INTERESSEN IM  
VORDERGRUND**

In Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zum Beispiel, stehen oft wirtschaftliche Interessen und Wettbewerbssituationen im Vordergrund. Zudem legt unser derzeitiges Abrechnungssystem im Gesundheitswesen eher den Fokus auf Krankheit, denn auf Gesundheit (die vergleichsweise wenig Profit ergibt). Im Verhältnis zum medizinischkurativen Versorgungssystem, das zurzeit fast alle Kosten verursacht, werden Prävention und Gesundheitsförderung in Düsseldorf eher stiefmütterlich behandelt.

**WAS WOLLEN WIR ÄNDERN?**

**ARMUT UND SOZIALE  
SPALTUNG VER-  
HINDERN**

- Wir wollen, dass alle Menschen gleich gute Chancen in unserer Stadt haben. Dafür haben wir uns in den letzten Jahren schon eingesetzt und wollen dies auch weiter tun.
- Wir wollen jeden gesellschaftlichen Bereich, ob Schulen, Übergang Schule/Beruf, Beschäftigungspolitik, Verkehrswesen, Stadtgestaltung, Kultur, Ernährung oder Gesundheit überprüfen und schauen, ob und inwieweit hier alle Menschen ausreichend berücksichtigt werden.
- Wir wollen den sozialen Frieden bewahren, der sich aus ganz viel Achtsamkeit füreinander zusammensetzt. Dafür stehen wir.
- Wir kämpfen für die Einführung eines Sozial-

tickets für DüsselPassBerechtigte für monatlich 15 Euro (Ticket 1000 Stufe A) bzw. 10 Euro (Ticket 1000 9 Uhr Stufe A)

- Wir wollen die Angebote des DüsselPasses erweitern und erreichen, dass er noch besser beworben wird.
- Die Hilfen zum Einsparen von Energiekosten wollen wir schnellstens ausbauen.
- Es soll Essenzuschüsse für alle Kinder aus einkommensarmen Familien geben, damit auch sie gesund ernährt werden.
- Wir wollen auf „Hartz IV“ Einfluss nehmen, damit die Regelsätze erhöht werden, die wir für zu niedrig halten.
- Wir wollen die im Sozialgesetzbuch verankerte Schulbeihilfe durch unbürokratische Unterstützungsleistungen direkt in den Schulen ergänzen.
- Wir wollen in den Stadtteilen ausreichende soziale Beratungsstellen installieren, damit den Menschen dort, wo sie leben, geholfen wird.
- Wir wollen, dass stadtteilorientierte Konzepte gegen die „verschämte“ Armut entwickelt werden.
- Bei der Arbeitsmarktpolitik müssen wir dafür sorgen, dass im Branchenmix nicht nur Arbeitsplätze für Menschen mit einem hohen Bildungsstatus entstehen, sondern alternative Konzepte mit vielen Düsseldorfer Akteuren zusammen entwickelt werden.
- Wir wollen erreichen, dass die Leistungen der ARGE verbessert werden (Erreichbarkeit, Beratung, passgenaue Hilfen). Voraussetzung dafür sind Unterstützungsmaßnahmen für das Personal (ausreichende Zahl an MitarbeiterInnen, Fortbildung, Supervision).
- Wir wollen, dass die Stadt weiterhin ausreichend an Planungsprozessen der ARGE

**VERNETZTE  
ARBEITSMARKT-  
POLITIK**

**MEHR POLITISCHER  
EINFLUSS AUF DIE  
ARGE**

## **BESCHÄFTIGUNGS- FÖRDERUNG UND BERATUNG AUSBAUEN**

- beteiligt bleibt, auch bei einer Neuorganisation der Jobcenter. Die Politik muss an der Entwicklung der ARGE direkt beteiligt werden, um den kommunalen Einfluss zu erhöhen.
- Die Stadt soll eigene Beschäftigungsförderungsprogramme für besonders arbeitsmarktfremde Menschen, wie zum Beispiel Drogenkranke, auflegen und ihr Augenmerk bei Programmen ganz besonders auf Jugendliche und junge Erwachsene richten.
  - Die kleinen und großen Beschäftigungsförderungsgesellschaften wollen wir weiter unterstützen, denn sie sind wichtig für die Qualifizierung von Arbeit suchenden Menschen für den ersten Arbeitsmarkt.
  - Die Arbeitslosenzentren sind wichtige, unabhängige Beratungsinstitutionen. Wir wollen sie langfristig auf jeden Fall erhalten und ausbauen.
  - Die ARGE muss mit einer eigenen Stelle Angebote entwickeln: z.B. für Alleinerziehende oder Frauen, die nach der Elternzeit zurück in den Beruf wollen sowie Qualifizierungsmaßnahmen speziell für langzeitarbeitslose und un- und angelernte Frauen anbieten.
  - Wir wollen erreichen, dass in der Arbeitsmarktpolitik gezielte Angebote für Frauen, die ihren jeweiligen Voraussetzungen und Lebenslagen gerecht werden, zur Verfügung gestellt werden.

## **SPEZIELLE ANGEBOTE FÜR FRAUEN SCHAFFEN**

## **MEHR INNOVATIVE WOHNPROJEKTE**

- Wir brauchen innovative Wohnkonzepte für individuelle Ansprüche von Jungen, Alten, Familien, Singles und Wohngemeinschaften, die bezahlbar sind. Um solche Projekte zu fördern, wollen wir die InitiatorInnen besser unterstützen. Wie bei der Wirtschaftsförderung sollen die Projekte mit einer Kontaktperson durch den „Verwaltungsdschungel“ gelöst

werden. In einer so genannten „one-stop-agency“ soll über Unterstützungsangebote und Genehmigungserfordernisse gebündelt informiert und Fragen gut umsetzbar beantwortet werden. Dazu wollen wir die Vernetzung stärker fördern.

- Die Stadt Düsseldorf muss für Wohnprojekte innenstadtnahe, kostengünstige Grundstücke zur Verfügung stellen. Sie soll zudem verpflichtet werden, verstärkt Investoren und Wohnungsunternehmen als Partner zu gewinnen.
- Jährlich sollen mindestens 2.000 Wohnungen errichtet werden. Investoren werden verpflichtet, jeweils ein Drittel der Wohnungen öffentlich gefördert, zur Miete und als Eigentum zu errichten
- Wir wollen die städtische Wohnungsgesellschaft als Vorbildunternehmen für klimarechtes und innovatives Wohnen aufstellen.
- Der Kauf von Belegungsrechten als Ergänzung zum Neubau soll forciert werden.
- Wir fordern die Erstellung von Sanierungskonzepten und -satzungen für eine sozialverträgliche Reorganisation architektonisch und energetisch veralteter Wohnungsbestände; jährlich sind mindestens 3 % der Wohnungen energetisch zu sanieren.
- Für eine sozial orientierte Wohnungspolitik sind Planungsgrundlagen wie ein qualifizierter Mietspiegel und Hinterhofatlas dringend erforderlich. Auch eine Imagekampagne für den Bau barrierefreier Wohnungen gehört dazu. Und nicht zuletzt soll genossenschaftliches Wohnen als dritte Säule der Wohnungspolitik wahrgenommen und gestärkt werden.
- Wir wollen erreichen, dass in der Wohnungspolitik auch Augenmerk auf die Verbesserung des Wohnumfeldes gelegt wird.

## **WOHNEN IST DASEINSVORSORGE**

## VORBEUGUNG VON OBDACHLOSIGKEIT SYSTEMATISCH AUSBAUEN

- In dem Spezialbereich Hilfen für Obdachlose brauchen wir mehr niedrigschwellige Wohnkonzepte. Solange die städtischen Obdächer (Wohnungen der Stadt mit Nutzungsvereinbarung für Obdachlose) nicht gänzlich aufgelöst sind, sind sie regelmäßig zu sanieren.
- In den Quartieren, in denen sich viele Menschen dauerhaft auf der Straße aufhalten und dort ihren Lebensmittelpunkt begründen, sind spezielle Hilfen über die Streetwork hinaus anzubieten. Damit wollen wir Wohnungslosigkeit effektiv vorbeugen. Die bereits initiierten quartiersorientierten Vorbeugungskonzepte unterstützen wir und wollen wir zeitnah auf weitere Wohnviertel ausdehnen.

## ZUGANGSWEGE IN WOHNRAUM VERBESSERN

- Wir setzen uns auch dafür ein, dass die obdachlosen Menschen Barkautionen erhalten, um auf dem Wohnungsmarkt bestehen zu können. Weitere Bedarfslagen werden wir ermitteln.

## WOHNALTERNATIVEN SCHAFFEN

- Wir wollen das Miteinander der Generationen ermöglichen. Wir werden bunte Wohn- und Pflegealternativen fördern. Das heißt z.B. auch Fördern der Ideen für das Leben im Alter von Migrantinnen und Migranten; aber auch das Gruppenwohnen wird im Fokus sein, gerade auch für pflegebedürftige Menschen. Wir wollen die Vereinsamung der Menschen verhindern und das gemeinsame Wohnen mehrerer Generationen fördern.
- Wir fördern aktiv generationenübergreifende Wohnprojekte als alternative, kreative und kommunikative Sozialsysteme zur Gestaltung des alltäglichen Lebens, selbstverständlich barrierefrei.
- Wir wollen, dass alte Menschen selbstbestimmt leben können, auch wenn sie pflegebedürftig

sein sollten. Sie sollen über ausreichende Beratung, vielfältige Wohnformen, genügend barrierefreien Wohnraum, Pflegewohngemeinschaften und ein angemessenes Wohnumfeld verfügen können.

- Alte Menschen brauchen Versorgungssicherheit. Deshalb wollen wir ambulante Pflegeangebote und haushaltsnahe Dienste stärken und ausbauen.
- Wir wollen die Selbstorganisation von alten Menschen fördern und den Aufbau von entsprechenden Netzwerken stützen.
- Das Thema Altersdiskriminierung soll in Düsseldorf ernsthaft erforscht und aufgegriffen werden.
- Wir wollen Modellprojekte einrichten, die sich mit der Frage befassen, wie man die Erfahrung und Kompetenzen Älterer besser nutzen kann und praktische Vorschläge erarbeiten.
- Die stadtteilorientierten „Zentren plus“ (Beratung und Begegnung für ältere Menschen) wollen wir weiter ausbauen und qualifizieren, stärker in die Stadtteile hinein öffnen und nette Begegnungsorte wohnortnah ermöglichen.
- Wir wollen, dass die vorhandenen Konzepte zur Frühdiagnostik bei Demenz in Düsseldorf umfassend umgesetzt und dass Aufklärungskampagnen zum Thema Demenz gestartet werden.
- Pflegende Angehörige müssen viel zu oft ihre eigenen Grenzen überschreiten, die Pflege übersteigt ihre Kräfte. Deshalb wollen wir die Unterstützung für pflegende Angehörige ausbauen.
- Wir wollen, dass in den Pflegeheimen verstärkt der Fokus auf kleinteilige Wohnbereiche gelegt wird.

**BARRIEREFREIHEIT  
ALS QUALITÄTS-  
MERKMAL FÜR  
DÜSSELDORF**

- Wir wollen, dass für die BewohnerInnen in Altenheimen mehr qualitativ hochwertige Kulturveranstaltungen angeboten werden.
- Wir wollen, dass mehr Transparenz zur Qualität von Heimen und bei Problemen in Heimen geschaffen wird, auch durch die Initiativen der Heimaufsicht.
- Wir wollen, dass die Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten in der Pflege mit einer Expertise/Befragung in Düsseldorf erforscht werden.
- Für die Menschen mit Behinderungen wollen wir weitere Barrieren zügig abbauen. Wir wollen die ganze Stadt auf dem Weg zur Barrierefreiheit mitnehmen. Barrierefreiheit soll ein Qualitätsmerkmal für Düsseldorf werden. Die Menschen mit Behinderungen werden wir auf diesem Weg zeitnah und umfassend beteiligen. Ein schneller Ausbau barrierefreier Haltestellen, städtischer Plätze und Gebäude (auch KiTas und Schulen), technischer Anlagen für Hörbehinderte in städtischen Gebäuden hat für uns hohe Priorität. So werden wir dafür sorgen, dass 1000 Bussteigkanten in 10 Jahren barrierefrei ausgebaut werden.
- Wir wollen, dass GebärdensprachdolmetscherInnen bei mehr Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Um das zu erreichen, wollen wir die Koordination finanziell stärken.
- Die Stadt soll sich darum bemühen, mehr städtische Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen zur Verfügung zu stellen.
- Die demokratische Beteiligung der Menschen mit Behinderungen wollen wir konsequent ausbauen und ihre Interessen gleichrangig berücksichtigen.

- Wir wollen keine Vertreibung, sondern mehr aufsuchende Angebote mit dem Ziel der Vermittlung in helfende Systeme. Obdachlose, süchtige Menschen, die nach einer stationären medizinischen Behandlung aus dem Krankenhaus entlassen werden, brauchen eine Einrichtung, die ihnen den „häuslichen“ Genesungsrahmen gibt.
- Wir wollen mehr Beratungskapazitäten schaffen (z.B. für spielsüchtige Menschen, Menschen mit „Onlinesucht“ und für Menschen mit Migrationshintergrund) und die Angebote besser vernetzen.
- Das Alkoholpräventionskonzept für Kinder und Jugendliche für Rath soll ausgewertet und flächendeckend auf Düsseldorf übertragen werden.
- Das DrogenHilfeCentrum muss ausgebaut werden, auch was die Schlafplätze für wohnungslose Drogenabhängige betrifft.
- Die Drogen-, Sucht- und Psychiatriekoordination muss mehr Gewicht erhalten, z.B. durch die Einrichtung einer Stabsstelle im zuständigen Dezernat.
- Wir kämpfen dafür, dass die DiamorphinVergabe für schwersteroinabhängige Menschen durch den Gesetzgeber schnellstens ermöglicht wird und dass endlich verbindliche Standards in der Substitutionsbehandlung und psychosozialen Betreuung aufgestellt werden.
- Abhängige brauchen passgenaue Arbeitsmöglichkeiten, Arbeitserprobungs- und Qualifizierungsangebote, damit sie wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können.
- Wir wollen mehr stationäre Angebote für jugendliche Drogenabhängige.
- Für die Menschen, die ohne Papiere in unserer Stadt leben, halten wir ein Gutachten

**MEHR ANGEBOTE  
FÜR SUCHT- UND  
DROGENKRANKE**

**BESSERE BERATUNG  
FÜR FLÜCHTLINGE**

unserer Kommune zur Lebenssituation dieser Menschen erforderlich, um daraus notwendige Hilfsangebote zu entwickeln bzw. vorhandene zu unterstützen.

- Die Kommune soll die bestehenden Beratungsangebote der Kirchen und freier Träger unterstützen. Zur Vermeidung von Abschiebungen bei den immer wieder auftretenden humanitären Härtefällen soll eine Ausländerrechtliche Beratungskommission eingerichtet werden.

### **GESUNDHEITSNETZE STÄRKEN**

- Uns ist es wichtig, dass Düsseldorf seine Mitarbeit im Netzwerk „Gesunde Stadt“ ernster nimmt und die Aktivitäten, besonders in der Gesundheitsförderung, engagiert ausbaut.
- Wir wollen, dass die aufsuchende Sozialarbeit und die Angebote zur Gesundheitsförderung und Prävention in den „armen“ Quartieren ausgebaut werden. Hier kann die Einrichtung eines Quartiersmanagements mit Begegnungsstätten für alle Bevölkerungsgruppen und –schichten eine wichtige Rolle spielen.
- Wir wollen die Einrichtung eines Dolmetscherpools für die Gesundheitsdienste, damit auch Migrantinnen und Migranten ausreichend betreut werden können. Ebenso wollen wir erreichen, dass alle Flüchtlinge, Obdachlosen und NichtVersicherten eine kostenlose medizinische Betreuung erhalten können.
- Wir wollen Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich unterstützen und fördern.

### **KINDERHOSPIZE STÄRKEN**

- Schwerstkranke Kinder und ihre Familien brauchen Hilfe, deshalb wollen wir helfen, die Kinderhospize mittel und langfristig weiter zu etablieren und zu sichern. Grüne treten ein für die verbindliche Zusammenarbeit zwischen

niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, Krankenhäusern, Hospiz und Palliativdiensten sowie anderen Heilberufen.

- Wir wollen, dass die Stadt Hilfe leistet beim Ausbau der bestehenden ambulanten Hospizdienste für Kinder, Jugendliche und Erwachsene in Düsseldorf und bei der psychosozialen Betreuung und Unterstützung der Angehörigen.
- Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse für Mädchen und Frauen müssen ausgebaut werden.
- Die Mädchenberatungsstelle „Pro Mädchen Mädchenhaus Düsseldorf“ wollen wir weiter ausbauen und Möglichkeiten der Unterbringung betroffener Mädchen schaffen.
- Wir brauchen mehr spezialisierte Schutz- und Beratungseinrichtungen. Dafür wollen wir eintreten.
- Auch Aufklärung und Sensibilisierung, gewaltpräventive Maßnahmen und Beratung sowie Unterstützung für Mädchen und Frauen in Not wollen wir erweitern und verstärken.

### **HILFEN FÜR FRAUEN UND MÄDCHEN MIT GEWALTER- FAHRUNGEN**



7 habe

9 Angestellte

1 Steuer nummer

0 Wahlrecht

## ZEIT FÜR MEHR DEMOKRATIE

In ihrer Stadt kennen die Menschen sich aus. Die Kommune ist der Ort, an dem sie direkt die Entscheidungen der Politik spüren, sei es bei der Stadtplanung, bei der Bereitstellung finanzieller Mittel für verschiedene Projekte oder dem Ausbau der Infrastruktur wie Kindergärten, Schulen, Schwimmbädern, Parks, kulturellen Angeboten und so fort. Hier ist der Ort, an dem Bürgerbeteiligung, freiwilliges Engagement und Formen demokratischer Teilhabe unmittelbar gelebt und erfahren werden können. Im Grundgesetz ist verankert, dass die Kommunen sich selbst verwalten – das bedeutet, dass hier die direkte Demokratie am besten funktionieren kann.

**MEHR DIREKTE  
DEMOKRATIE**

Wir Grünen wollen es möglich machen, dass sich mehr BürgerInnen aktiv an der Politik in der Stadt beteiligen können. Dazu müssen sie sich bewusst machen, dass es ihre Stadt ist, um die es hier geht, und dass sie tatsächlich Einfluss nehmen können. Die Identifikation mit ihrer Stadt wird dann gelingen, wenn wir die politischen Entscheidungen erklären und transparent machen, die Menschen so weit wie möglich beteiligen und umfassend informieren. Deshalb halten wir Grünen es für notwendig, die entsprechenden Strukturen und Möglichkeiten bereit zu stellen, damit die DüsseldorfInnen ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen gerecht werden können. Aufgabe der Verwaltung muss es deshalb auch sein, eine bürgernahe Informationspolitik zu betreiben, die zeitnah, einfach und verständlich die Arbeit der politischen Gremien vermittelt. Die Verwaltung sollte sich um größtmögliche Erreichbarkeit und Offenheit bemühen. Hierbei ist die Einbeziehung neuer Medien und moderner Kommunikationstechnologie unverzichtbar.

**MEHR AKTIVE  
BETEILIGUNG**

**VERANTWORTUNG FÜR  
DAS GEMEINWESEN**

DEMOKRATIE

**TRANSPARENTE  
VERWALTUNG**

Wir wollen, dass die politischen Gremien wie Beiräte, Kommissionen oder auch Ausschüsse, in denen die verschiedensten Gruppen vertreten sind, mehr Entscheidungskompetenzen erhalten. Nur so werden diese Interessensvertretungen im politischen Raum wirklich gehört. Wir möchten, dass die Menschen in Düsseldorf erfahren, wie die städtische Verwaltung arbeitet, welche Gründe es für Entscheidungen gibt und welche städtischen Töchter wie arbeiten.

**TOLERANZ UND  
AKZEPTANZ  
DES ANDEREN**

Wir Grünen wollen eine Gesellschaft, die durch Toleranz, Akzeptanz des „Anderen“ und friedliches Miteinander gekennzeichnet ist. Wir wollen, dass Frauen und Mädchen sich gefahrlos in der Stadt aufhalten können, dass Lesben und Schwule keine Diskriminierungen erleben, dass Menschen mit Migrationshintergrund angemessen in der Stadt mitreden können, dass Jugendliche tatsächlich mitentscheiden dürfen, dass Kinder Spielräume haben und alte Menschen nicht ausgegrenzt werden.

**VIelfALT LEBEN,  
SICHTBAR  
MACHEN UND  
FÖRDERN**

Wir Grünen sind überzeugt davon, dass das Prinzip der Vielfalt in allen Bereichen, also auch in der Politik, verankert werden sollte. Wir wollen, dass an den vielfältigen Fähigkeiten der Menschen angesetzt wird, dass sich alle individuell voll entwickeln und ihr Leben entsprechend gestalten können. Wir wollen erreichen, dass die Vielfalt, die in der Stadt gelebt wird, anerkannt, sichtbar gemacht und befördert wird.

Wir Grüne stehen dafür, dass Frauen und Männer ihr Leben selbstbestimmt entwerfen und diesen Entwurf verwirklichen können. Frauen und Männer sollen gleichberechtigt, finanziell voneinander unabhängig und partnerschaftlich miteinander leben können.

Die Lebenslagen von Frauen und Männern sind vielfältig und unterscheiden sich häufig grundlegend voneinander. Wir wollen, dass bei allen Planungen und finanziellen Zuwendungen geprüft wird, welche Auswirkungen sie jeweils auf Frauen und auf Männer und auf das Geschlechterverhältnis haben. Dies ist das Prinzip des „Gender mainstreaming“.

**FRAUEN SIND  
ANDERS  
– MÄNNER AUCH**

Die Kultur sehen wir Grünen als kreative Betätigung der Einzelnen und fordern daher Rechte, Raum und Geld für eine Kultur von unten. Wir wollen kulturelle Aktivitäten fördern, die hierarchiefrei sind und Kommunikation auf gleicher Augenhöhe ermöglichen. Unsere Forderungen und Vorschläge sind offen für unterschiedliche Lebensformen in einer lebendigen Kulturszene, an der viele teilnehmen, aktiv und passiv. Wir stehen für eine Politik, die in unserer Stadt ein Klima schafft, das kreative Menschen sowohl anzieht als auch hervorbringt. Wir glauben, dass der kulturelle Reichtum einer Stadt von entscheidender Bedeutung für Kreativität und Innovation ist und dass deshalb die Entwicklung der Kreativitätspotentiale vor Ort von entscheidender Bedeutung ist.

**LEBENDIGE KULTUR  
VON UNTEN**

Künstlerinnen und Künstler sollen begriffen werden als Menschen, die unsere Stadt lebendiger und bunter machen. Dadurch tragen sie zur Verbesserung der Lebensqualität bei und können unserer Stadt ein unverwechselbares Gesicht geben. Sie sind es, die der Stadt mit allgemein zugänglichen und preiswerten Angeboten neue kreative Impulse geben können.

Es ist unser Ziel, die Demokratie zu stärken, damit rechtsextremistische Tendenzen von vornherein keine Chance haben. Wir wollen, dass die

**GEGEN RECHTS**

Menschen in ihrer Existenzsicherung, ihrer Bildung und ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben so gestärkt werden, dass sie erst gar nicht in Versuchung kommen, den rechtsextremen Rattenfängern zu folgen. In Düsseldorf müssen Rechtsextreme oder Rechtsradikale im Abseits stehen.

### **INTERNATIONALE STADT ERLEBEN**

Wir wollen, dass die Internationalität Düsseldorfs für alle Menschen in der Stadt erlebbar wird. Wir wollen, dass Düsseldorf freundlich mit seinen Nachbarn umgeht und intensive Kontakte pflegt.

### **BESSER FEIERN IM ÖFFENTLICHEN RAUM**

Eine demokratische Gesellschaft braucht vielfältiges bürgerschaftliches Engagement, das auch gefeiert werden muss. Feste und Veranstaltungen bieten vielfältige Anlässe für Freundschaften und Netzwerke. Grüne unterstützen die Vielfalt und Lebendigkeit solcher Ereignisse im öffentlichen Raum.

## **WAS LÄUFT FALSCH IN DÜSSELDORF?**

### **EINGESCHRÄNKTE MITSPRACHE**

Seit 1999, dem Wahlsieg von CDU und FDP, ist die Transparenz des Verwaltungshandelns erheblich gesunken, und es wurde versucht, die Mitspracherechte der BürgerInnen und der MitarbeiterInnen einzuschränken. Es wurde offenkundig, dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger nicht erwünscht ist. Zwei Bürgerbegehren wurden von der Stadtspitze erst ignoriert, dann behindert und in einem Fall sogar rechtswidrig ausgebremst.

Die Stadtplanung handelt oft genug zu sehr im Interesse von Investoren, ohne die Interessen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen. Ein besonders prägnantes Beispiel dafür ist die Planung des so genannten Kö-Bogens, nach dessen Bau die Innenstadt ein ganz anderes Gesicht haben wird. Bei der Planung dieses bedeutenden Vorhabens wurden die Bürgerinnen und Bürger nicht nur nicht angehört, sondern sogar systematisch ausgeschlossen.

**STADTPLANUNG IM INTERESSE DER INVESTOREN**

Die politischen Gremien werden oft nicht ernst genommen und viele haben lediglich eine Beratungsfunktion, wobei der Rat dann oft von der Stadt nicht mal berücksichtigt wird. So haben z.B. der Ausländerbeirat oder der Jugendrat nur geringe Kompetenzen, obwohl seine Mitglieder direkt gewählt wurden. Tagesordnungen, Niederschriften und Ankündigungen von Sitzungen sind selten zeitnah im Netz zu finden.

**ANREGUNGEN WERDEN NICHT ERNST GENOMMEN**

Das Prinzip des Gender Mainstreaming, wonach alle politischen Entscheidungen daraufhin überprüft werden, ob sie die Geschlechtergerechtigkeit befördern, steht nur auf dem Papier und wird nicht in das tatsächliche Handeln der Verwaltung integriert. Die Stadt hat zwar die „Charta der Vielfalt“ unterschrieben, aber hier ist ebenfalls nichts von aktivem Handeln zu spüren.

**VERWALTUNG KENNT WEDER GENDER NOCH DIVERSITY**

Menschen mit Migrationskontext werden nur als „Problem“ wahrgenommen, Lesben und Schwule sind der Stadtspitze lästig. Menschen werden wegen mangelnder Barrierefreiheit auf Grund ihres Alters oder einer Behinderung diskriminiert. Bisherige Antidiskriminierungspolitik ging immer von den (vermeintlichen) Defiziten aus.

**VIELFALT WIRD ALS PROBLEM WAHRGENOMMEN**

**KULTUR WIRD ALS  
STATUSSYMBOL,  
NICHT ALS  
NOTWENDIGKEIT  
BEGRIFFEN**

Im Vergleich zu anderen Städten gibt Düsseldorf sehr viel Geld für die Kultur aus. Der Schwerpunkt liegt aber nach wie vor zu einseitig auf der Subventionierung der großen Häuser und auf Leuchtturmprojekte, wie z.B. der alle vier Jahre stattfindenden Quadriennale. Letztere ist ein gutes Beispiel dafür, dass hier die Chance vertan wird, eine Verbindung herzustellen zwischen den großen Museen und der freien Kulturszene in der Stadt. Das kreative Potential der Stadt wird nicht genutzt, so dass dieses große und teure Kulturereignis im Grunde folgenlos geblieben ist und bleiben wird. Die Kultur läuft Gefahr, als Marketinginstrument der Unternehmen banalisiert zu werden. Die freie Kulturszene muss jedes Jahr aufs Neue um ihre Förderung bangen und wertvolle Zeit mit Anträgen vertun, die dann zu oft doch abgelehnt werden. Die Verknüpfung und der Dialog der unterschiedlichen Kulturen ist in Düsseldorf nicht tatsächlich gewollt.

**MANGELNDER  
EINSATZ  
GEGEN RECHTS**

Obwohl auch in Düsseldorf Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ein Problem darstellen, wird dagegen zu wenig getan. Die Fachstelle für antidemokratische Tendenzen, die es in der Stadtverwaltung über Jahre gegeben hat, wurde mit anderen Aufgaben betraut. Die präventive Arbeit gegen antidemokratische Tendenzen in der Jugendszene wird zunehmend auf den Jugending verlagert. Das Vorgehen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf deshalb nicht ausschließlich in der Jugendarbeit stattfinden. Es ist wichtig mit Denkmälern und Ausstellungen eine Erinnerungskultur zu schaffen, damit die Vergangenheit nicht in Vergessenheit gerät und sich die dunklen Seiten nicht wiederholen.

Große Kirmes, SkiWeltcup, Marathon oder DT-MPräsentation waren in letzter Zeit die geförderten Großveranstaltungen in Düsseldorf, das Hafenfest wurde hingegen nicht genehmigt. Auch andere kleinere Veranstalter haben Schwierigkeiten, wenn ihr Konzept nicht in die Design und Eventvorstellungen der Verwaltung passt, wie es beim Streit um die Genehmigung der Tonhallen-Terrasse offensichtlich wurde. Es fehlt ein für alle gültiges Konzept, welche öffentlichen Orte für welche Art von Veranstaltung geeignet sind und welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen.

## **WILLKÜR BEI ÖFFENTLICHEN VERANSTALTUNGEN**

Und schließlich: Düsseldorf ist viele Städtepartnerschaften eingegangen, die nur wenigen BürgerInnen überhaupt bekannt sind. Die internationalen Kontakte werden hauptsächlich durch die Stadtspitze gepflegt und dienen eher der Wirtschaftsförderung als der Verständigung. Dabei wird allzu oft versäumt, in den jeweiligen Partnerstädten für Demokratie und Menschenrechte einzutreten.

## **WIRTSCHAFTS- INTERESSEN STATT PART- NERSCHAFT**

## **WAS WOLLEN WIR ÄNDERN?**

- RepräsentantInnen der Stadt in Politik und Verwaltung sollen den Sachverstand der Menschen vor Ort nutzen, ernst nehmen und in ihre Entscheidungen einbeziehen.
- Ehrenamtliche Aktivitäten sollen auf allen Ebenen gestärkt werden, dürfen aber keine staatlichen Aufgaben ersetzen.
- Die Bürgerinformation durch die Verwaltung wird verbessert und ausgebaut, z.B. durch ein einfaches, aussagekräftiges und vor allem aktuelles Internetangebot.
- Für Fragen der Stadt und Verkehrsplanung wird eine „Beteiligungskultur“ auf-

gebaut, so dass bei städtebaulichen Planungsvorhaben die Menschen dort einbezogen werden, wo es sie direkt betrifft.

## **DEMOKRATIE LEBEN UND BETEILIGUNG FÖRDERN**

- Wir wollen eine Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden erstellen, die nicht deren Verhinderung zum Ziel hat, sondern die aktive Unterstützung durch die Verwaltung festlegt.
- Die Verfahren bei der gesetzlich vorgeschriebenen „frühzeitigen Bürgerbeteiligung“ werden deutlich verbessert und transparenter.
- Kinder und Jugendliche werden bei der Stadtplanung in ihrem Quartier und bei Schul-, KiTa-, Sport-, Spielplatzsanierungsprogrammen beteiligt.
- Bei Sponsorengeldern, Spenden, Nebeneinkünften, Beraterverträgen, etc. wird höchste Transparenz gewährleistet.
- Für Auslandsaktivitäten der städtischen Töchter werden soziale und ökologische Mindeststandards festgelegt.
- Die Städtepartnerschaften werden als Foren für Menschenrechte und Demokratie genutzt, um die gemeinsamen globalen Anstrengungen zum Klimaschutz zu unterstützen und um sich gegenseitig über die eigenen Anstrengungen zu informieren. Angesichts der Globalisierung sollen die Düsseldorfer EineWeltInitiativen verstärkt in diesen Austausch eingebunden werden. Deren bestehende Kontakte zu Städten in Afrika und Lateinamerika sollen ausgebaut werden.
- Wir wollen demokratische Mitsprache bei der Planung des städtischen Haushaltes. Deshalb treten wir für die Einführung eines Bürgerhaushaltes ein, der Anregungen und Ideen der Menschen in der Stadt berücksichtigt.

- Der städtische Haushalt wird dem Prinzip des „Gender Budgeting“ folgen, also genau aufzeigen, welche Auswirkungen die einzelnen Posten auf die männliche und weibliche Bevölkerung haben.
- In Politik und Verwaltung muss geschlechtergerecht gedacht und gehandelt werden, weshalb wir die konsequente Anwendung der Methode des „Gender Mainstreaming“ fordern, ohne auf die bisherigen Frauen fördernden Maßnahmen zu verzichten.
- Um diese Methode in den Ämtern und Fachbereichen wirksam zu machen, werden wir eine beim Büro des Oberbürgermeisters angesiedelte „Genderfachstelle“ schaffen.
- Alle Daten der Stadt werden geschlechtsspezifisch erhoben und ausgewertet.
- Bei der Stadtverwaltung und den städtischen Töchtern sollen mindestens 40% Frauen in Führungspositionen arbeiten.
- Städtische Aufträge sollen nur an Betriebe vergeben werden, die Maßnahmen zu mehr Geschlechtergerechtigkeit tatsächlich nachweisen können.
- Düsseldorf verpflichtet sich dem Prinzip der Vielfalt und trägt zur Verhinderung von Diskriminierungen bei, sei es aufgrund des Geschlechts, der Hautfarbe, der Religion, der sozialen Herkunft oder der sexuellen Orientierung.
- Wir wollen die unterschiedlichen Interessen derjenigen bündeln, die nicht dem vermeintlich neutralen Vorbild bisheriger Politik entsprechen, um ihren jeweiligen Forderungen mehr politische Schlagkraft zu verleihen.

**GESCHLECHTER-  
GERECHTES  
HANDELN**

## **UNTERSTÜTZUNG DER VIELFALT**

- Die „Charta der Vielfalt“, der die Stadt beigetreten ist, wird mit Leben gefüllt und umgesetzt.
- Es wird eine „DiversityFachstelle“ als unabhängige Antidiskriminierungsstelle eingerichtet.
- Es wird ein Integrationsrat oder Integrationsausschuss eingerichtet, der deutlich festgeschriebene Rechte für Menschen ohne deutschen Pass erhält.
- Die Kompetenzen des Jugendrates werden gestärkt.
- Die Menschen, die sich in der Lokalen Agenda 21 engagieren, praktizieren gelebte Demokratie. Wir wollen diesen Arbeitskreisen mehr Gewicht verleihen und ihre Anregungen aufnehmen.

## **SCHWULE UND LESBEN GEHÖREN DAZU**

- Düsseldorf braucht nach Jahren des Schweigens der Stadtspitze wieder einen „Runden Tisch“ von Politik, Verwaltung und VertreterInnen der schwullesbischen Szene in Düsseldorf.
- Schwule und lesbische Vereine und Initiativen in der Kultur und Beratungsarbeit verdienen eine angemessene städtische Förderung und Unterstützung. Wir unterstützen die Einrichtung eines schwullesbischen Jugendtreffs in Düsseldorf. Darüber hinaus braucht Düsseldorf auch wieder ein Zentrum als Anlaufstelle und als Treffpunkt u.a. für Chöre oder Gruppen zur AntiGewaltarbeit. Hierzu sind auch städtische Mittel als Unterstützung wichtig und richtig.
- Gerade an Schulen ist der Einsatz gegen Schwulen und Lesbenfeindlichkeit eine wichtige Aufgabe. Wir unterstützen deshalb die Arbeit der Schulaufklärungsgruppe „SchLAu“ und der Aktion „Schule ohne Homophobie“

■ Wir unterstützen die Initiative zur Errichtung eines Denkmals zur Erinnerung an die schwulen und lesbischen Opfer von Verfolgung und Vernichtung im Nationalsozialismus sowie der Kriminalisierung und Diffamierung schwuler und lesbischer Lebensweisen bis heute.

■ Wir wollen dafür sorgen, dass KünstlerInnen und Kreative unabhängig bleiben, was durch die öffentliche Förderung am besten gewährleistet wird.

## **KULTUR IST LEBENSMITTEL**

■ Die Freie Kulturszene braucht einen festen Anteil am Kulturetat und damit Planungssicherheit.

■ Die Kulturbeiräte der Stadt, die in den unterschiedlichen Sparten Fördermittel an kleinteilige Kulturprojekte verteilen, müssen mit deutlich mehr Mitteln ausgestattet werden.

■ Die Quadriennale soll genutzt werden um eine bessere Verbindung zwischen den großen Museen und der freien Kulturszene in der Stadt herzustellen.

■ Zusätzlich zu den vorhandenen Kulturbeiräten soll ein Beirat für Film und Medien geschaffen werden.

■ Die Stadt soll Zwischennutzungen bei Industriebrachen ermöglichen oder auch Areale ankaufen, um dort preiswerte Arbeitsräume anzubieten.

■ Wir unterstützen die Initiative „Haus der Kulturen“.

■ Migrantinnen und Migranten werden wir den Zugang zu Kultureinrichtungen sowie Kunst, Kultur und Förderprogrammen erleichtern und sie in ihren künstlerischen Leistungen unterstützen, um die kulturellen Szenen der Zugewanderten für die Mehrheitsgesellschaft zu öffnen.

## KEINE CHANCE FÜR NAZIS

- Kinder und Jugendliche sollen durch Angebote der kulturellen Bildung viel mehr dazu angeregt werden, ihrer natürlichen Kreativität freien Lauf zu lassen.
  - Die denkmalgeschützte Halle an der Fichtenstraße soll kulturell genutzt werden.
  - Wir wollen das Projekt „Singpause“ an den Schulen weiterführen.
  - Das Landesprojekt „JeKI“ („jedem Kind ein Instrument“) soll auch in Düsseldorf stattfinden.
  - In jedem Stadtbezirk soll mindestens eine große Wand für GraffitiKunst zur Verfügung gestellt werden.
- 
- Die Stadt muss wieder zu ihrer Verantwortung stehen und gegen antidemokratische Tendenzen präventiv vorgehen.
  - Die Schulen und städtischen Einrichtungen werden unterstützt, wenn sie Programme gegen Rechts auflegen.
  - Im Rahmen der Charta der Vielfalt, die Düsseldorf unterzeichnet hat, soll die Stadt die Verständigung zwischen den unterschiedlichen Kulturen und Religionen fördern.
  - Düsseldorf soll der „Städtekoalition gegen Rassismus“ beitreten, die von der UNESCO im Jahr 2004 ins Leben gerufen worden ist.
  - Wir wollen eine Stelle einrichten, die sich ausschließlich um antidemokratische Tendenzen kümmert und den Jugendring unterstützt.
  - Die Initiativen gegen Rechts, insbesondere die Aufklärungsarbeit an Schulen und in Jugendeinrichtungen sollen von der Stadt unterstützt und finanziell gefördert werden.
  - Die Satzungen zur Nutzung städtischer Veranstaltungsräume sollen durch eine Handhabe zum Ausschluss rechtsextremistischer Veranstaltungen ergänzt werden.

- Zur Schaffung einer Erinnerungskultur wollen wir im Stadtbild z.B. durch Straßenbenennungen und Gedenktafeln die mahnende Erinnerung an die Verbrechen des Naziregimes und den Widerstand dagegen am Leben erhalten.
  - Wir wollen militaristische und nazistische Denkmäler überprüfen und die Ablehnung ihrer Aussage durch künstlerische Mittel direkt erkennbar machen.
- FESTE FEIERN**
- Die Fest-, Veranstaltungs-, und Terrassengenehmigungen sollen nach transparenten Kriterien erfolgen, auf die sich alle VeranstalterInnen einrichten können.
  - Neben den großen Sport- und Brauchtumsveranstaltungen sollen sich auch die zahlreichen sozialen, ökologischen und kulturellen Initiativen und Vereine im öffentlichen Raum präsentieren können und zusammen einen attraktiven Veranstaltungskalender bilden.
  - Wir wollen eine Satzung über die Nutzung von öffentlichen Plätzen in Düsseldorf erstellen.
  - Wir wollen wieder eine gastronomische Einrichtung auf der Tonhallenterrasse.
  - Wir wollen durchsetzen, dass die Stadtverwaltung jährlich einen Bericht vorlegt, der über ihr nachhaltiges Handeln in allen Bereichen informiert.

# STICHWORTVERZEICHNIS

<b>A</b>	Abfall	12, 17, 20, 26f, 31,
	Abschiebung	82, 96
	Ältere Menschen	27, 67, 71, 80f, 86, 93f, 100, 103
	Altstadt	67f
	Arbeit und Beschäftigung	11, 18, 30f,
	33, 36f, 39, 41, 67, 69, 80f, 85, 91f,	94
	ARGE	91f
	Armut	50, 56, 80, 84, 89
	Artenvielfalt	13, 24, 70
	Aus- und Weiterbildung	37, 39, 41, 44, 60, 80
	Autoverkehr	12, 14, 16f, 25f, 52, 65, 76
<b>B</b>	Bahn => Bus und Rheinbahn	
	Bahnhof Benrath / Bahnhof Bilk	76
	Barrierefreiheit	52, 59, 64, 66, 72, 84, 92, 94, 103
	Baukultur	71
	Baumschutz	18, 24f,
	Begrünung	11, 15, 20, 22, 70
	Behinderte => Menschen mit Behinderung	
	Berufskolleg	58
	Bewegung => Sport und Bewegung	
	Bildung	6, 44ff
	Binnenschifffahrt	10, 33f, 69, 76
	Biologische Vielfalt => Artenvielfalt	
	Bio-Tonne => Abfall	
	Biotope	11, 13, 22,
	Blockheizkraftwerke	19ff
	Bodenschutz	11, 23f
	BürgerInnenbeteiligung	6f, 63, 65, 67, 71f, 99, 102f, 105f
	Bus und Rheinbahn	14, 17, 26, 33, 37f, 66, 72ff
<b>C</b>	Carsharing	17, 64, 74
	CO <sub>2</sub>	10, 14, 18f, 38,
<b>D</b>	Dachbegrünung, Fassadenbegrünung => Begrünung	
	Daseinsvorsorge	7, 21, 33, 75
	Demokratie	6f, 94, 99ff
	Denkmalschutz	65, 71
	Diversitätsmanagement	100, 108
	Drogen => Suchtpolitik	
<b>E</b>	Einzelhandel	64f, 67f, 77
	Eltern	47ff, 50f, 55, 60,
	Energie	11ff, 15, 18ff, 32, 64, 71
	Ernährungs- u. Verbraucherbildung	27f, 56,
	ErzieherInnen	45, 53f,
	ExistenzgründerInnen	36f, 41f

<b>F</b>	Fahrrad => Radverkehr	
	Familien	28, 37, 44, 48, 49, 52, 80, 84
	Fassadenbegrünung => Begrünung	
	Feinstaub	11f, 16, 26, 33, 77
	Finanzen	32, 35, 37, 49, 65f, 106f
	Flächenverbrauch, -entsiegelung	11, 14ff, 20ff, 64, 70
	Florapark	14f, 65
	Flüchtlinge	82f, 87, 96
	Flugverkehr	12, 26, 33, 76
	Förderschulen	51
	Frauen	31, 36, 41f, 61, 81, 85f, 92, 97, 100, 107
	Freiflächen	66, 70
	FußgängerInnen	17, 19, 25f, 64, 66, 68, 72f, 77
<b>G</b>	Ganztagsschulen	47, 51, 55ff
	Gebäudesanierung	15, 19, 28, 34, 38, 71
	Gender Mainstreaming	101, 106f
	Generationen	32, 63, 72, 81, 92
	Gesamtschulen	51, 55
	Geschlechtergerechtigkeit, -sensibilität	37, 54, 61, 77f, 85, 100f, 107
	Gesunde Ernährung	27f, 45, 53f, 56f, 89
	Gesundheit	10, 12, 28, 64, 67, 69f, 81, 83, 88, 96f
	Gewalt	61, 86, 97
	Gewässerschutz	11f, 16, 24
	Gleichstellung	37, 100f, 103, 107ff
	Grundschulen	47, 51f, 56, 57
	Grünflächen	11, 15, 22, 25, 64, 70
	Güterverkehr	10, 19, 34, 39, 76f
	Gymnasien	50, 51, 58
<b>H</b>	Hafen	33, 37, 39, 68f, 76
	Handwerk	34, 39
	Hauptschulen	51, 57
	Hochschulen	35f, 39ff
	Hofbegrünung => Begrünung	
	Hofgarten	15, 65, 71
<b>I</b>	Innenstadt	67f, 103
	Integration => s.a. Menschen m. Behinderung/ => s.a. MigrantInnen	6, 51f, 58
<b>J</b>	Jugendliche	27f, 37, 44, 48, 52, 60f, 63, 71, 92, 95, 103, 106, 108, 110
<b>K</b>	Kinder	22, 44ff, 52ff, 63, 67, 71, 95f, 100, 106
	Kinderarmut	50, 56,
	Kindergärten / KiTas	44ff, 53f, 94
	Klima	6, 10ff, 36, 38, 64, 70f
	Kö-Bogen	35, 65, 103
	Kohlekraftwerk	10,14,19

	Kraft-Wärme-Kopplung	21,
	Kreative Stadt / Kreativwirtschaft	31, 35, 40, 64, 67, 101, 104
	Kultur	6, 35, 40, 55, 64, 67, 101, 104, 108ff
	Kunstakademie => Hochschulen	
<b>L</b>	L 404n	65f, 77
	Landschaftsschutz	13, 16, 23f, 66, 70, 77
	Lärm	12, 16, 25f, 33, 38, 64, 69, 76f
	Lastring	17, 77f
	Lebensmittel(sicherheit)	18, 28,
	Lesben	61, 100, 103, 108f
	Lokale Agenda	108
	Luftreinhaltung	12, 17, 26, 64, 69
<b>M</b>	Mädchen	61, 81f, 86, 97, 100
	Medienhafen	68f
	Menschen mit Behinderung	46, 52, 58, 72, 80f, 86, 94, 103
	MigrantInnen	31, 36, 41f, 51, 54, 63, 67, 71, 80, 87, 92f, 100, 103, 108f
	Mittagessen an Schulen und KiTas	47, 51, 53f, 56f
	Mobilität	6, 63ff, 89
	Mobilitätsmanagement	17, 26, 64, 74
	Monkey's Island	68
	Müll => Abfall	
	Musische Bildung	45, 49, 54, 58
<b>N</b>	Nachtverkehr im ÖPNV	74
	Natur/ -schutz	11f, 13, 16, 22, 23f, 64, 66, 70, 77
<b>O</b>	Obdachlose	85, 90f, 95f
	Öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV)	19, 26, 31, 64, 66, 72ff
	Ökologie => Umwelt	
	Ökologisches Wirtschaften	38f
	Öko-Strom	22
<b>P</b>	Parks => Grünflächen	
	PendlerInnen	16, 19, 26, 75f, 77, 84
	PKW => Autoverkehr	
	Privatisierung	33, 37, 75
<b>Q</b>	Quartiersmanagement	63, 69, 96
<b>R</b>	Radverkehr	17, 19, 64, 66, 73f, 77
	Realschulen	57
	Rechtsextremismus	61, 101f, 104, 110f
	Recycling	13f, 17, 27, 32
	Rekommunalisierung	7
	Ressourcenmanagement	30f, 32, 34, 39, 71
	Rheinbahn => Bus und Rheinbahn	
<b>S</b>	Schuldenfreiheit	35, 38
	Schulen	27, 44ff, 55ff, 89, 94, 108, 110
	Schulmensa	38, 51, 53f

	Schwule	61, 100, 103, 108f
	SeniorInnen => Ältere Menschen	
	Sicherheit	68
	Solarenergie	6, 19, 21
	Sozialpolitik	6, 63f, 69, 73, 75, 80ff, 106
	Sport und Bewegung	45, 53, 55f
	Städtepartnerschaften	105f
	Stadtplanung, -entwicklung	6, 11, 14ff, 23, 63ff, 85, 103, 105
	Stadtsparkasse	30, 33, 37, 40, 41
	Stadtteile	59, 63, 67, 77, 89, 93
	Stadtverwaltung	7, 23, 27, 36, 99f, 105, 107f
	Stadtwerke	7, 15, 21, 35
	Straßenbau	34, 65, 77
	Suchtpolitik	81f, 85, 87f, 95
<b>T</b>	Tierschutz	13, 18, 24f, 70
	Tourismus	42, 52
	Transparenz in Politik und Verwaltung	99f, 102, 105f
<b>U</b>	U-Bahn / Stadtbahn	34, 65, 75
	Umgehungsstraßen	65, 77
	Umwelt/ -schutz	10ff, 66f, 69f, 76f, 106
	Umwelttechnologien	32, 34, 38f
	Umweltzone	17, 77
	Universität => Hochschulen	
<b>V</b>	Veranstaltungskultur	42, 67f, 105, 111
	Verbraucherschutz	13, 18, 27f
	Verkehrspolitik	12, 14, 63ff, 105
	Verkehrssicherheit	77
<b>W</b>	Wasser	7, 20f, 37
	Wirtschaftspolitik	6, 30ff, 67
	Wohnen	11, 15f, 23, 37, 63, 66f, 69, 72, 80, 83ff, 89ff



Zeit für Politik  
mit Köpfchen!

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
DÜSSELDORF**

**[WWW.GRUENE-DUESSELDORF.DE](http://WWW.GRUENE-DUESSELDORF.DE)**